

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Beitungs-
 Kreisliste für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die schlagzeilige Kolonelle
 Seite oder deren Raum 40 Pfg., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 26. Februar 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Der schweizerische Zolltarif.

Zürich, im Februar.

Wie bereits kurz erwähnt, ist Mitte Februar der Entwurf zu einem neuen Zolltarif vom Bundesrat fertiggestellt und den Mitgliedern der nationalrätlichen Zollkommission wie der Presse zugestellt worden. Da der allgemeinen Praxis der demokratischen Republik entsprechend an eine Geheimhaltung des Entwurfs von vornherein niemand dachte, so zeigte sich auch keinerlei Bestreben, den Entwurf auf krummen Wegen zu erlangen und etwa zu „verhöckern“, wie dies mit dem geheim gehaltenen deutschen Entwurf geschah.

Der vorliegende schweizerische Tarifentwurf ist ebenso sehr das Echo des hochschützöllnerischen Vorgehens Deutschlands wie der hochschützöllnerischen Strömungen in industriellen und landwirtschaftlichen Kreisen der Schweiz selbst. Die Veröffentlichung des deutschen Tarifentwurfs im Sommer 1901 hat in der Schweiz wie in anderen Ländern wie eine Bombe eingeschlagen und den vorhandenen schützöllnerischen Bestrebungen neue Nahrung zugeführt. Die Führung in der Campagne für Erringung höherer Zölle liegt auch bei uns in den Händen der Agrarier, die freilich im Vergleich zu den feindlichen deutschen Junkern nur armselige Kleinbauern sind, die aber in Bezug auf schützöllnerische Gesinnungs-Begehrlichkeit hinter denselben nicht zurückstehen. Auch einen Führer haben sie in der Person des Bauernsekretärs Dr. Baur, der, wenn er in Deutschland geblieben wäre, heute wohl neben den Rösche, Gahn, Wangenheim u. mit an der Spitze des Bundes der Landwirte marschieren würde; nun steht er hier an der Spitze des schweizerischen Bauernverbandes, der Ende 1900 rund 78 000 Mitglieder zählte und dessen Sekretariat vom Bunde eine jährliche Subvention von 20 000 Fr. erhält. Das Programm des Bauernsekretärs ist: Erhaltung des bäuerlichen Besitzes, einheitliches bäuerliches Erbrecht mit Abfindung der Geschwister nur nach dem Ertrags- und nicht nach dem Verkehrswert des väterlichen Erbes (was natürlich die Proletarisierung der so geringfügig abgefundenen Geschwister bedeutet), Schaffung eines einheitlichen schweizerischen Hypothekensystems, Erringung höherer Preise für die landwirtschaftlichen Produkte und daher höherer Schutz derselben (die Verteuerungstendenz des hohen Schutzzoll ist damit klar ausgesprochen), Förderung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens durch den Staat, billige Eisenbahntarife und besseres Wagenmaterial u. Für die Erneuerung der Handelsverträge hat der Bauernverband die großartigsten Vorbereitungen getroffen. In vier großen Kommissionen wurden die Vorarbeiten durchberaten und 150 Zollpositionen unter Berücksichtigung der Zollansätze seit 1841 in der Schweiz und im Ausland aufgestellt. Die dann an das eidgenössische Landwirtschafts-Departement in Bern gemachte Eingabe des Sekretariats umfaßt den Raum von zwei Büchern; sie enthält Vorschläge für Minimalzölle. Zimmerhin wurde das Getreide dabei weggelassen, und insofern stehen allerdings die schweizerischen Agrarier über ihren deutschen Jüngerngenossen — freilich mußten sie sich auch sagen, daß ein Tarifgesetz mit erhöhten Getreidezöllen kaum Aussicht hätte, in der Volksabstimmung Annahme zu finden.

Der schweizerische Bundesrat hat ebenso wie die Deutsche Reichsregierung die verschiedenen Zollpositionen ungemein weitgehend spezialisiert, so daß der Entwurf 1118 Positionen enthält gegenüber 728 im geltenden Tarif. Da der deutsche Entwurf 946 Positionen enthält, so weist der schweizerische noch 172 mehr auf. Für eine Anzahl Positionen sind die Zollansätze unverändert gelassen worden, für verschiedene andere wurden sie sogar reduziert. Für ungefähr die Hälfte aller Positionen wurden dagegen die bisherigen Zollansätze erhöht.

Unverändert sind die Getreidezölle mit nur 30 Cts. (25 Pfennige) per Doppelcentner, die eigentlich mehr nur eine Kontrollgebühr als ein Zoll sind; auch der Malz Zoll mit 1,50 Fr. bleibt, während Reis mit 4 Fr. statt 2,50 Fr. verzollt werden soll. Ferner weisen von den wichtigsten Nahrungs-
 mitteln Zollhöhen auf:

	Bisheriger General-Tarif.	Bisheriger Vertrag-Tarif.	Neuer General-Tarif.
Gedörrtes Obst	5	2,50	10
Frisches Gemüse	1	frei	2
Kaffee	5	5	10
Jucker in Säcken	9	9	12
Sago und Tapioca	7	7	20
Sonstige	15	15	20
Frisches Fleisch	6	4,20	12
Konjerviertes Fleisch	8	6	10-20
Geflügel, lebend	6	4	15
Geflügel, todt	12	6	20
Eier	4	1	5
Frische Butter	8	7	15
Essigartige Butter	15	10	20
Schweinefleisch	15	15	20
Margarine u.	15	15	20
Weichkäse	10	4	12
Harthäse	6	4	12
Obstwein	1,50	1,50	5
Rothwein in Fässern	6	3,50	15

	Bisheriger General-Tarif.	Bisheriger Vertrag-Tarif.	Neuer General-Tarif.
Kunstwein in Fässern	12	12	60
Alkoholische Weine: in Fässern	—	—	12
in Flaschen	—	—	25
Weinmost, eingebleit	—	—	60
Tiere und tierische Stoffe.			
Ochsen	30	25	35
Stiere	25	25	40
Kühe	25	18	35
Schweine bis zu 60 Kilo	8	4	20
Schweine über 60 Kilo	8	5	15
Leder: Bodenleder	8	8	24
Kalbleder	16	16	40
Schmal- und Rindleder	8	8	12
Schäpe aus Kalb-, Röh- u. Leder	130	60	175

Das Hauptgewicht ist von bäuerlicher Seite auf die Vieh- und Weinzölle gelegt worden und der Bundesrat hat da ein sehr weitgehendes Entgegenkommen bewiesen, indem er die einen wie die andern erheblich, die Weinzölle gar um 500 Proz. erhöht hat. Die Viehzölle richten sich hauptsächlich gegen Italien, aber auch gegen Oesterreich, allein sie verdienen von Seiten der Arbeiter die schärfste Bekämpfung, denn die Fleischpreise haben schon heute eine solche Höhe erreicht, daß viele Arbeiterfamilien nur selten Fleisch auf dem Tische haben. Der Weinzoll soll den Weinimport beschränken und den Absatz des inländischen Weines heben. Allein schon heute ist die Ursache des Rückganges des Weinkonsums der hohe Preis, der gefordert wird und der seit Jahren den Bierkonsum stark gefördert hat. Trinken doch die Weinbauern selbst, wenn sie in das Wirtschaftshaus gehen, gewöhnlich das billigere Bier statt des teureren Weins. Die Verbilligung des Weinzollens kann nur die Folge haben, daß der Wein noch teurer und daher der Konsum noch geringer wird.

Erhöht sind auch die Zölle für alle Textil- und Konfektionswaren, zum größten Teil für Maschinen, Werkzeuge und Geräte, optische Instrumente, chemische Produkte, Erzeugnisse der Industrie der Erde und Steine u. Die Zölle auf Rohstoffe, wie Kohlen, Eisen, Rohseide, Baumwolle u. sind entweder unverändert gelassen oder reduziert oder nur ein wenig erhöht worden, was in Übereinstimmung steht mit Artikel 29 der Bundesverfassung, wonach „die für die inländische Industrie und Landwirtschaft erforderlichen Stoffe im Zolltarife möglichst niedrig zu taxieren“ sind. Derselbe Verfassungsartikel bestimmt aber auch, daß „ebenso die zum nötigen Lebensbedarfe erforderlichen Gegenstände“ möglichst niedrig zu taxieren seien. Ob damit die vorgeschlagenen neuen Zölle vereinbar sind, erscheint uns sehr zweifelhaft, auf keinen Fall können die aufgestellten Zölle für Fleisch, Eier, Butter, Schmalz, Wein usw. noch als „niedrige“ bezeichnet werden. Und wenn der Bundesrat in der dem Entwurf beigegebenen Begründung erklärt, daß keine Zollserhöhungen zum Zwecke einer Einnahmevermehrung vorgenommen wurden, so sei doch auf die Erhöhung des Kaffeezollens von 5 auf 10 Fr., des Zollens auf Sago von 7 auf 20 Frank hingewiesen, wobei es sich um keinerlei Schutz, sondern ausschließlich um Finanzzölle handelt.

Freilich erscheint der schweizerische Zolltarifentwurf gegenüber dem deutschen als der reinste Waisentnabe. Während in der Schweiz die Getreidezölle völlig bedeutungslos sind, haben sie in Deutschland eine erschreckende Höhe erreicht. Aber auch bezüglich aller anderen Warenzölle bleibt der schweizerische hinter dem deutschen Entwurf zurück, namentlich hinsichtlich der Vieh- und Fleischzölle, Butter-, Schmalz-, Käse- und Eierzölle, der Kaffee- und Zuckerzölle usw. Der Theezoll beträgt in der Schweiz bisher 40 Fr., der unverändert beibehalten ist, während er in Deutschland 100 M. beträgt.

Was die Wirkungen der vorgeschlagenen schweizerischen Zollserhöhungen betrifft, so sind sie für Deutschland viel weniger empfindlich, als umgekehrt die deutschen Zollserhöhungen für die Schweiz. Nach der Art der Produkte im gegenseitigen Austausch befinden sich beide Länder in der gleichen Lage, indem die Fabrikate an erster, die Rohstoffe an zweiter und die Lebensmittel an dritter Stelle stehen. Es exportierten nämlich:

Deutschland nach der Schweiz:

	Lebensmittel	Rohstoffe	Fabrikate
1900	30,9	126,2	193,2
1899	29,1	113	200,6

die Schweiz nach Deutschland:

	Lebensmittel	Rohstoffe	Fabrikate
1900	20,9	53,8	126,9
1899	15,8	55,5	127,3

Ohne gemünztes Edelmetall betrug der Specialhandel der Schweiz mit Deutschland in den Jahren:

	1900	1899	1898	1896	1894
Einfuhr aus Deutschland	350,4	342,1	314,6	305	242,9
Ausfuhr nach Deutschland	201,6	198,6	194	172,3	151,1

Daraus ist ersichtlich, daß Deutschland an einem freundschaftlichen Handelsverkehr mit der Schweiz mindestens so viel Interesse hat, wie umgekehrt die Schweiz an demselben mit Deutschland; um 150 Millionen Franken hat Deutschland im Jahre 1900 mehr in die Schweiz importiert als umgekehrt von der Schweiz bezogen. Ferner

geht aus der vorstehenden Statistik hervor, daß der deutsch-schweizerische Handelsverkehr in blühender Entwicklung begriffen ist und von Jahr zu Jahr an Umfang und Bedeutung zunimmt. Es wäre daher sehr notwendig, wenn die deutschen Zollsätze, so u. a. diejenigen für Uhren, Käse, Obst, Vieh u. wie sie im Entwurf vorgeschlagen sind, ganz erheblich reduziert würden. Was die Zollsätze im schweizerischen Entwurf betrifft, so erklärt der Bundesrat ausdrücklich in der beigegebenen Begründung, daß sie nicht zur unmittelbaren Anwendung, sondern zunächst nur zu Unterhandlungszwecken bestimmt sind und daher etwas höher gehalten sind. In Festlegung von irgendwelchen hohen Minimalzöllen, wie sie die deutschen Agrarier fordern und die Regierung bewilligt hat, ist in der Schweiz nicht zu denken.

Zolltarif-Kommission.

Die Diensttags-Sitzung dauerte von 10 bis 4 Uhr mit einstündiger Mittagspause. Die Kommissionsmitglieder versuchten noch kleine Plänkchen vor ihrem definitiven Rückzug auf die Regierungsvorlage. Die Hoffnung einiger Unterzeichner des Kompromißantrages, die Regierungen wollten nur den Kompromißantrag als Ganzes nicht, seien aber vielleicht für einzelne Fruchtarten mit den vorgeschlagenen erhöhten Minimalzöllen einverstanden, zerstörte der Staatssekretär v. Thielmann, der den Kompromißantrag als Ganzes und in seinen Einzelheiten für unannehmbar erachtete. Die Abgg. v. Kardorff (Sp.) und Sieg (natl.) hielten an der Aufassung fest: Das letzte Wort sei ja von der Regierung noch nicht gesprochen, alldieweil ein solches letztes Wort ja doch erst am Schluß gesprochen werden könnte. Weit offenerziger klang aus Gabels (Antif.) Darlegungen heraus: na, schließlich nehmen wir, was wir kriegen. Den zornigen Enttäuschten markierte Heim (C.). Für ihn hat die Nicht-noch-mehr-Erhöhung des Maximalzollens für Weizen die ganze Vorlage unschmackhaft gemacht. In seinem Zorn sehnte dieser Bajor sich nach — Bismarcks Zeit zurück. Noch erheiternder wirkte der preussische Landwirtschaftsminister v. Podbielski, der ganz ernstlich als funktionslose Wahrheit den stamenden Kommissionsmitgliedern kündete, daß die Bodenverhältnisse für die Landwirtschaft die wesentlichste Rolle spielen. In väterlicher Fürsorge hat er um Annahme der Vorlage der Regierung, der man wirklich zutrauen könne, daß sie für die Landwirtschaft das Menschenmögliche herauszuschlagen werde. Gar putzig klang es, als der Minister auf seine reichspostamtliche That der Herabsetzung des Zeitungstarifs sich für seine Trefflichkeit berief.

Die sachlichste Rede hielt der Landwirt Präside (ref. Sp.), der mit aller Entschiedenheit als Landwirt an der Hand seiner Verhältnisse und der seiner Nachbarn der Behauptung entgegentrat, daß ein Besitz von 250 Hektaren, die ihm gehören, nach Zoll sich sehne. Diese rein sachlichen Darlegungen machten den Vorstehenden wieder einmal nervös. Er meinte, das ginge doch nicht, auf Ostpreußens Verhältnisse einzugehen. Selbstverständlich wurde dieser Angriff gegen die Redefreiheit des Kommissions-Mitgliedes zurückgewiesen. Ein weiterer Zwischenfall störte die Sitzung nicht.

Die Generaldebatte über die Getreidezölle wurde am Dienstag fortgesetzt. Erster Redner war der freisinnige Gutbesitzer Präside, der vom Standpunkt des praktischen Landwirts aus die Zollserhöhung entschieden bekämpfte. Er wies darauf hin, daß die Regierung sich von den Agrariern schieben ließ und daß ihr dieses Drängen eine Zeitlang ganz angenehm gewesen sei, weil sie Zollserhöhungen bei der traurigen Finanzlage des Reiches gut brauchen konnte.

Die Notlage sei in der Regel in der Person des Landwirts begründet. Ein gut geleiteter landwirtschaftlicher Betrieb liefere noch immer gute Erträge. Er, Redner, sei kein Kapitalist, aber sein Betrieb liefere doch solche Ueberschüsse, daß er sich den Luxus erlauben könne, im diätenlosen Reichstage sitzen zu können. Von einer Erhöhung der Getreidezölle hätten höchstens 25 Proz. der Landwirte Vorteil, 75 Proz. aber Schaden. Redner verweist darauf, daß er selbst 250 Hektar besitze und 2000—2500 Doppelcentner Getreide jährlich verkaufe; er wolle sich aber nicht auf Kosten der Armen bereichern.

Dr. Heim (C.): Graf Posadowsky hat neulich gesagt, kein Mensch kann verlangen, billiger Brot zu haben, als es dem Landwirt kostet. Er hat auch bewiesen, daß der Getreidepreis in den letzten 30 Jahren gesunken ist und weiter sinkt, aber er will nicht die Zölle betwilligen, die im Interesse der Landwirtschaft geboten sind. Da möchte man nach einem Bismarck schreien. Heute wisse keiner mehr, wohin die Kesse eigentlich gehe. Das Ausland werde durch die Handelsverträge direkt begünstigt. Wir sehen, wie in Kleinasien und Südamerika der Getreidebau sich rapid entwickelt, und da will man langfristige Handelsverträge und damit einen Schrecken ohne Ende herbeiführen! Die Fassung des Ablasses 2 des § 1 des Tarifgesetzes sage: Die Zollsätze des Tarifs für Getreide sollen nicht unter die Minimalhöhe ermäßigt werden. Das lasse darauf schließen, daß die Regierung unter Umständen noch unter die Minimalhöhe herabgehen wolle; denn sonst hätte man statt „sollen“ „dürfen“ gesetzt. Man will dem kleinen Bauern nicht helfen, sonst hätte man höhere Gersten- und Haferzölle vorgesehen. Die Löhne in der Landwirtschaft sind in die Höhe gegangen. Auch ein Opfer der Bauern an die Industrie. Seit 1882 haben sich die Ausgaben für die Arbeitelöhne verdreifacht. Die intensive Wirtschaft erfordert

viel Arbeiter, den Bauern ist daher häufig zu empfehlen, zur eigenen Wirtschaft überzugehen.

Die Behauptung, daß nur Großbauern Getreide verkaufen, ist unrichtig. Sonst würde in Bayern kein Getreide in den Handel kommen. Die Steigerung der Getreidepreise führt nicht zur Steigerung der Brotpreise, — das Umgekehrte ist richtig. In München stieg der Brotpreis, während der Getreidepreis fiel. Die Ursache liegt in den Mehlsteigerungen für die Bäckereien. Die Mehlsteigerung ist mit den Bauern. Die Erhöhung der Mehlpreise für die Bäckereien und Wirtschaften bringt eine Steigerung der Ausgaben für die Bäcker und Brauer und das soll durch Druck auf den Getreidebauern wieder eingeleitet werden. **Gegen den Bodentoucher in den Großstädten sollte man Front machen.**

Redner erklärt den Kompromißantrag Herold nicht unterschrieben zu haben. Für ihn wäre erst ein Kompromiß vorhanden, wenn auch die Regierung zugestimmt hätte. Ein höherer Verzinsungssatz sei unbedingt nötig. Die Kleinbauern verkaufen ihre Gerste an die kleinen und mittleren Brauereien, diese aber werden durch die Konkurrenz der Großbrauereien erdrückt. Die Gerste ist unverkäuflich, weil die Großbrauereien das Produkt der kleinen Bauern nicht kaufen. Die Gerste darf nicht zum Einstiefland werden. Die Argumente, die gegen den Zoll auf Brotgetreide vorgebracht wurden, trafen bei Gerste nicht zu. Einen großen Teil der Zollerhöhung müßte der Getreidehandel tragen. Die Landwirte würden immer zurückgesetzt, weil sie es nicht verständen, so zu schreien wie die anderen Klassen. (Stürmische Heiterkeit.) Derselbe große Lärm gegen die Zölle sei auch 1879 gemacht worden, nur einige Unterschiede seien vorhanden. An der Stelle, wo damals die Liberalen standen, sind heute die Sozialdemokraten. Damals hätte es auch eine gerade und feste Regierung gegeben. Die heutige Regierung stehe nicht fest, sondern gebe leicht nach. Durch die Förderung des Industriestaats treibe die Regierung eine Politik der Revolution.

Bei dem Zoll auf Brotgetreide müsse man freilich vorsichtig sein, weil Perioden vorkommen können, wo hohe Getreidepreise gefährlich werden.

Bayrischer Bevollmächtigter Ritter v. Seyger: Die bairische Regierung steht ganz auf dem Boden des Entwurfs, wie die Rede des Finanzministers v. Nibel im Plenum bewiesen habe. Die Landwirtschaft bedarf eines erhöhten Schutzes, aber man muß sich mit den Zöllen in den Grenzen halten, daß Handelsverträge möglich sind.

Diese liegen nicht nur im Interesse der Industrie, sondern im allgemeinen Interesse, also auch der Landwirtschaft. Das Verhältnis des Zolls auf Brotgetreide zu dem Verzinsungssatz ist immer so gewesen, wie im Entwurf. Die Einfuhr von Braugerste aus Oesterreich hält sich seit langer Zeit auf gleicher Höhe. Die Einfuhr der Futtermittel aus Rußland ist so gering, daß hier die Gesamtsteigerung zum Ausdruck kommt. Die Gerstepreise für gute Mittelstufe ist in Bayern im Durchschnitt wohl Schwankungen ausgesetzt gewesen, im ganzen hat sie sich doch gehalten. In München ist der Gerstepreis höher als im Durchschnitt Bayerns, und in Bayern ist der Gerstepreis höher als im übrigen Deutschland. Die bairische Regierung ist gegen Erhöhung der Gerstezölle über den Tarif mit Rücksicht auf die Handelsverträge, die Brauindustrie und die Landwirtschaft. Würden die im Antrag Herold vorgeschlagenen Sätze angenommen werden, dann würde ein Vertrag mit Oesterreich kaum möglich sein. Die Brauindustrie braucht 16 Millionen Doppelcentner Gerste. Wenn der Gerstepreis um den Zollobtrag steigt, so würde die Brauindustrie diese Belastung nicht ertragen können. Die Exportbrauerei würde vernichtet werden. Für den verlorenen Absatz im Auslande würden die Exportbrauereien sich Ersatz im Inlande suchen und dadurch die kleinen und mittleren Brauereien vernichten. Dadurch würden wieder dem Kleinbauern die Abnehmer seiner Gerste entzogen werden. Die Futtermittel kann den Zoll nicht tragen. Gute Braugerste findet leicht Käufer; schlechte Ware aber ist auch dann nicht an den Mann zu bringen, wenn der Zoll erhöht wird.

Preussischer Landwirtschaftsminister v. Pöbbeck: Ich weiß, daß ich die Gegner des Entwurfs nicht überzeugen werde, aber ich möchte doch auf meine Ausführungen nicht verzichten. Es ist nicht richtig, wenn man behauptet, daß 75 Proz. der Landwirte kein Getreide verkaufen. Auf dem Lande kann man sehen, wie der kleine Bauer mit seinem Centner Getreide zur Mühle fährt, um es in Geld umzusetzen. Für die Kollage der Landwirtschaft spricht der Rückgang der Wackelpreise, der im Osten begonnen und sich nach dem Westen fortgesetzt hat. Nur die Gegenden, wo Viehzucht getrieben wird, wie in den Markchen, sind nicht davon berührt. Die Rentabilität der Landwirtschaft ist abhängig von der Güte des Bodens. Auf Boden achter Klasse kann Roggen mit Profit nicht mehr gebaut werden. Gerade auf dem schlechten Boden sitzen die kleinen Besitzer. Im Osten werden die Arbeiter mit Naturalien entlohnt und sie gewinnen ebenfalls durch den Zoll. Darum haben die landwirtschaftlichen Arbeiter ebenfalls Vorteil aus dem Zoll. Die Handelsverträge haben der Industrie Nutzen gebracht, aber der Landwirtschaft geht es nicht gut. Die Preise steigen nicht in demselben Maße wie der Zoll. Der Verkäufer müsse Konzessionen machen, einen Teil der Preissteigerung übernehmen. **Die Hälfte werde der Verkäufer im In- oder Ausland übernehmen müssen. (Zurufe: Zu den Motiven steht das Gegenteil.)** Der Tarif enthalte das, was er als Vertreter der landwirtschaftlichen Interessen für möglich und durchführbar halte. Man würde ihm mit Recht vorwerfen können, er habe der Landwirtschaft einen schlechten Dienst erwiesen, wenn er mehr gefordert hätte. Namentlich die Viehzölle werden der Landwirtschaft große Profite bringen. Die Landwirtschaft müsse erhalten werden. Das kann man aber auch erreichen durch die Annahme des Tarifs.

Hierauf tritt eine Mittagspause ein.

In der

Nachmittags-Sitzung

weist

v. Komlerowski auf die Kollage der Landwirtschaft hin. Getreide verbanke die Landwirtschaft der Industrie eine große Menge Verbesserungen, aber deshalb dürfe sie nicht aufgeopfert werden, um der Industrie über eine schwere Zeit hinwegzuhelfen. Bei Zollverträgen müsse auch an die Zukunft gedacht werden. Redner tritt lebhaft für die Erhöhung der Getreidezölle ein. Er hätte seiner Zeit, wenn es möglich gewesen wäre, für den russischen Handelsvertrag nur unter der Bedingung gestimmt, daß höhere Getreidezölle eingeführt würden. Da aber nur eine Gesamtentscheidung möglich war, ließ sich dieser Antrag nicht stellen. Auf dem russischen Getreide ruht wenig Fracht, wenn es nach Deutschland kommt, und doch wird Herr Witte noch in der Lage sein, den erhöhten Zoll durch Herabsetzung der Fracht auszugleichen. Die sibirische Bahn, an deren Trasse jedem Landbauer 18 Verst bester Ackerbodens gratis zur Verfügung ständen, werde der deutschen Landwirtschaft schweren Schaden bereiten. Der Kompromißantrag Herold, den er mit unterzeichnet habe, entspreche allerdings weder nach oben, noch nach unten seinen Wünschen. Langfristige Handelsverträge schädigen die Landwirtschaft. Wenn sie nach wenigen Jahren 10 M. Zoll fordern sollte, so ist das nicht mehr, als was sie schon einige Jahre vorher gehabt hat.

Fischbeck (fr. Sp.) hat geglaubt, daß nach der Erklärung des Grafen Posadowsky jede weitere Verhandlung der Frage der Getreidezölle überflüssig sei würde. Bei den Agrariern ist

aber offenbar noch die Hoffnung vorhanden, daß die Regierung doch noch die eine oder die andere Position ihres Antrags annimmt. Es wäre deshalb wünschenswert, zu erfahren, ob die Erklärung der Regierung, daß der Kompromißantrag Herold in keinem Stadium für sie annehmbar sei, sich auch auf jeden einzelnen Posten des Antrags bezieht. Die Winkelsätze seien in jeder Beziehung unpraktisch. Einmalig sei die heutige Erklärung des preussischen Landwirtschaftsministers, das Ausland träge die Zölle. Jeder verständige Kaufmann weiß das besser.

Auf Seite 52 der Motive heißt es wörtlich: „Die Preise des Inlandes erfahren, soweit die Verhältnisse der letzten Jahreshüte eine Verurteilung ermöglichen, durch die Zölle eine ihrem Betrage ziemlich entsprechende Steigerung.“ Heim sagt, die Zölle sollen den Mehrertrag zahlen, aber für Berlin würde die Steigerung allein 12 600 000 M. betragen. Das eine solche Summe von den Berliner Bäckern gezahlt werden würde, glaubt Heim selbst nicht. Die Landwirtschaft leidet Not. Die Not ist aber nicht im Kapitalismus oder Arbeitslohn begründet, sondern in den Bodenzöllen. Der Wert des Bodens in Deutschland ist fast 15 mal so hoch, wie in den konkurrierenden Getreideländern. Jede Zollerhöhung wird kapitalisiert. Es gibt ja schon Landwirte, die darauf spekulieren, eine Hypothek aufzunehmen, sobald der Zoll kommt. Wenn Heim behauptet, die Bauern könnten ihre Gerste nicht verkaufen, so sei der Grund darin zu finden, daß die Bauern Futtermittel als Braugerste verkaufen wollen. Wenn Heim wirklich annimmt, daß der Zoll die Produkte nicht verteuere, dann wäre schwer verständlich, weshalb er die Aufhebung der städtischen Ostroß so eifrig verlangt habe. Der sogenannte Kompromißantrag soll nun die Deckung für den Rückzug auf die Regierungsvorlage sein. Aber die Regierungsvorlage ist eine große Gefahr für das Volk. Sie zu bekämpfen ist die vornehmste Aufgabe. Der von Goltz und ihm gestellte Antrag betreffend die Einstellung des heutigen autonomen Tarifs für Getreide in den Zolltarif-Antwurf war nur ein taktisches Manöver gewesen. Er ziehe deshalb jetzt seine Unterschrift zurück. Die Landwirtschaft solle den Hagen nicht überspannen, sonst werde bald der große Kladderadatsch kommen und alle Getreidezölle würden fallen.

Gabel (Antif.) stellt sich als nothleidender Besitzer von 100 Morgen besten Ackerbodens vor. Er sei für Erhöhung der Getreidezölle, denn auch die Steigerung der Grundrente sei notwendig. An dem von ihm mitunterzeichneten Antrag Herold werde aber keine Partei nicht unbedingt festhalten. In dem Tarif seien so viele Positionen vorhanden, die für die Landwirtschaft von großem Interesse wären, daß er es für angebracht halte, lieber den Kompromißantrag zurückzuziehen, als den ganzen Tarif in Frage zu stellen.

Staatssekretär Frhr. v. Thielmann beantwortet die Anfrage Fischbecks dahin, daß die verbündeten Regierungen die in dem Tarif eingeschlagenen Zölle für alle Getreidearten für das Höchstmäß des Zulässigen betrachten. Sie würden bei keiner Getreideart einem höheren Zoll zustimmen.

v. Kardorff (Rp.): Die Schutzpolitik vermehre das Volkvermögen, wie man an Amerika und Frankreich und auch bei uns gesehen habe. Bei uns ist seit der Handelsverträge die Landwirtschaft in Rot geraten und die Industrie leidet unter der Krise. Die Produktionskosten des Getreides sind auf jedem Gute verschieden. Redner hält es für nötig, ein Reichsgesetz zu schaffen, das jede Vergünstigung, die ausländischem Getreide gewährt werde, auch dem deutschen Getreide verschaffe. Er hoffe, daß die Erklärung des **Schatzsekretärs** keine so definitive sei, wie es den Anschein habe. Nach den Erfahrungen, die man mit Herrn v. Miquel gemacht habe, nimmt niemand solche Erklärungen mehr ernst.

Sieg (natl.): Die Erklärung des Schatzsekretärs, Frhr. v. Thielmann, habe ihn überrascht. In landwirtschaftlichen Kreisen werde sie die Popularität des Ministers erheblich beeinträchtigen. Redner weist darauf hin, daß er in einem bevorzugten Bezirk wohne und doch herrsche dort allgemeine Not unter den Landwirten. Man habe ihm und seinen Berufsgenossen den Rat gegeben, Zuckerrüben zu bauen und Brennereien zu gründen. Diejenigen, die diesem Rats gefolgt sind, sitzen nun in der Patsche. Die Aufhebung des Identitätsnachweises habe seiner Heimat wenig Nutzen gebracht, weil auch die Staffeltarife aufgehoben worden seien. In seiner Gegend, 12 Meilen von Danzig entfernt, sei Roggen und Weizen teurer als in Berlin. Der Getreidebau in Deutschland läßt sich ins Ungemessene steigern. Es müsse daher vor allem Roggenpreissen gewarnt werden, da dieselben Ueberproduktion hervorgerufen würden. Die Getreidezölle würden keinesfalls den Güterpreis heben. Hohe Preise für Güter zahlten nur die reichen Söhne der Berliner und Hamburger Großkaufleute, die das Geld ihrer Väter als Landwirte verpulverten. Für Milch und Milchprodukte ergieße man im Osten Preise, die die Aufkosten nicht decken, auch die Viehpreise seien sehr zurückgegangen. Der Reichs-Schatzsekretär habe zwar heute sehr schroff erklärt, die Regierung wolle nicht bewilligen, er glaube aber, das letzte Wort sei noch nicht gesprochen. Die Regierung werde hoffentlich in einem späteren Stadium der Verhandlung noch nachgeben, namentlich, wenn sie sieht, daß sie einer kompakten Mehrheit gegenübersteht.

Die Weiterberatung wird auf Mittwoch, 10 Uhr, verlag.

Erster Redner ist Stadthagen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. Februar.

Abgeordnetenhaus.

Der Minister Frhr. v. Hammerstein muß auf die Bewilligung seines Gehalts unergewöhnlich lange warten. Auch am Dienstag, dem vierten Tage der Beratung des Etats des Ministeriums des Innern, erreichte die Generaldebatte noch nicht ihr Ende. Allerdings wurden nur wenige Fragen erörtert, die mit dem Ministergehalt in Zusammenhang stehen; in der Hauptsache wurde die Sitzung durch einen häuslichen Streit zwischen den Vertretern der Großindustrie, den Rationalisten, und den Vertretern der Landwirtschaft, den Konservativen, ausgefüllt. Die Herren von der national-liberalen Partei sehen voller Sorge in die Zukunft; sie halten die Opposition der Agrarier gegen die Zolltarifvorlage für mehr als eine bloße Komödie und glauben im Ernst, daß die Agrarier die von der Regierung vorgeschlagenen Zollerhöhungen, weil sie ihnen noch nicht weit genug gehen, ablehnen könnten. Das würde für die Großindustrie, die dann auch der Bortelle beraubt würde, die ihnen der Zolltarif bietet, ein schwerer Schlag bedeuten. Diese Angst, daß sie bei der Verteilung der Güter zu kurz kommen könnten, hat sie in eine echte Kampfstimmung gegen die Agrarier versetzt. Auch große Bedeutung ist diesem Kampfe nicht beizulegen. Im gegebenen Moment werden die Schlotzruher und die Krautzruher sich schon wieder gerührt in die Arme fallen und, getreu ihren alten Traditionen, das Volk gemeinsam auszugewöhnen suchen. Betonte doch der Abg. Schmieding (natl.), daß das frühere Wismarsche Kartell sehr leicht wieder zu Stande kommen könnte, sobald nur Industrie und Landwirtschaft gleichmäßig von der Sonne beschienen werden, d. h. sobald die Agrarier im Verein mit der Großindustrie ihren Vortritt auf die Taschen des Volkes unternehmen. Die Arbeiterklasse wird sich durch diesen ehelichen Zwist nicht von ihrem Ziele, der Bekämpfung des Brotwuchers, abbringen lassen.

Zwischendurch erlitten wieder Klagen über die Unterdrückung der Polen in den östlichen Provinzen und über die Ausweisungen von Dänen aus Nordschleswig. Namentlich die Polenbedatte nahm einen sehr ersten Charakter an, der Ton war auf beiden Seiten scharf als sonst. Erwähnenswert ist die Forderung des Abg. Schmieding (natl.), das Vereinsgesetz dahin abzuändern, daß in öffentlichen Versammlungen in den nicht deutschsprachigen Landesteilen nur deutsch gesprochen werden darf. Der Minister äußerte sich hierzu nicht; aus einer Erwiderung auf die Beschwerden der Polen ging hervor, daß er den preussischen Staat aufs höchste gefährdet glaubt. Selbst bei den in den letzten Tagen bei polnischen Studenten in Berlin veranstalteten Hausbesuchen sollen Beweise für „hochverräterische“ Pläne (N) gefunden sein.

Den Fall Kauffmann berührte nur noch Abg. Freiherr v. Jedlich (fr.), der den Freisinnigen zurief, sie müßten, wenn sie Marx in den Knochen hätten, dem Minister ein Mißtrauensvotum erteilen und die namentliche Abstimmung über sein Gehalt beantragen. Unrecht hat er nicht.

Am Mittwoch wird die Beratung fortgesetzt.

Das Versammlungsrecht der Frauen.

Der neue Polizeiminister Hammerstein ist, wie auch aus dem amtlichen Stenogramm seiner Landtagsrede hervorgeht, in der That mit dem Berliner Polizeipräsidenten der Meinung, daß Frauen als bloße Zuhörerinnen an Versammlungen politischer Vereine zugelassen werden dürften; nur sollten sie auch äußerlich als Zuhörerinnen kenntlich gemacht und deshalb von den Männern gesondert gehalten werden.

Herr v. Hammerstein führte nach dem amtlichen Stenogramm wörtlich aus:

„Dann habe ich mich inzwischen nach der Handhabung der Polizei in der Versammlung (des Bundes der Landwirte, Red. d. S.) im Circus Busch erkundigt. Der Polizeipräsident hat rechtzeitig die Veranstalter der Versammlung darauf aufmerksam gemacht, daß Frauen nach dem bestehenden Recht an der Versammlung nicht teilnehmen dürfen. Wie mir gesagt ist, ist auf den Eintrittskarten oder auf den Aufschlagskarten in dem Lokal selbst ausdrücklich darauf hingewiesen. Wenn nun doch einige Frauen in der Versammlung gewesen sind, so hat der Polizeipräsident geglaubt, dagegen mit Aufweisung nicht vorgehen zu sollen, und zwar zunächst aus dem Grunde, daß diese Frauen sich thätig an den Verhandlungen nicht beteiligt haben. Ebenso wie es hier in diesem Hause möglich ist, daß oben an der Tribüne sich auch Frauen einfinden und zuhören, so ist es auch dort möglich. Allerdings wäre es dann richtig, daß man in dem Circus ein besonderes Segment dazu ausheide, in dem man die Frauen als Zuhörer zulasse. Der Polizeipräsident wird nochmals Veranlassung nehmen, für künftige Versammlungen darauf hinzuweisen, daß diese Vermischung von Männern und Frauen (Heiterkeit) in dem Teil des Saales, der für die eigentlichen Verhandlungen bestimmt ist, nicht zulässig ist. Er giebt sich der Hoffnung hin, daß dieser Aufforderung im nächsten Jahre entsprochen werden wird.“

Diese Ausführungen sind klar und unzweideutig.

Minister und Polizeipräsident sind der Meinung, daß Frauen an Versammlungen politischer Vereine teilnehmen dürfen, sofern sie sich nicht an den Verhandlungen aktiv beteiligen und sie getrennt von den Männern einen besonderen Zuhörerplatz einnehmen.

Wir wiederholen nunmehr unsere gestrige Aufforderung: **Unsere politischen Vereine sollen thätig bei den Ankündigungen ihrer nächsten Versammlungen ausdrücklich Frauen als Zuhörerinnen einladen. Sie werden gleichzeitig dafür Sorge tragen, daß diese weiblichen Gäste getrennt von den männlichen Teilnehmern gehalten werden, also etwa auf den Galerien Platz finden.**

Die Polizei hat nach den Erklärungen des Ministers und des Polizeipräsidenten in diesem Zoll sein Recht, die Entfernung der Frauen zu fordern oder die Auflösung der Versammlungen zu verfügen.

Der Einzug der Frauen in politische Vereinsversammlungen, wenn auch nur als Zuhörerinnen, ist ein erster Schritt zur Beseitigung der unwürdigen politischen Entmündigung der größeren Hälfte der Menschheit.

Deutsches Reich.

Die **Zuckerkonferenz**, die gegenwärtig in Brüssel stattfindet, hat anscheinend noch zu keinem Resultat geführt.

Zwar ist man, wie berichtet wird, einig darin, die gemeinschaftlichen Ausfuhrprämissionen aufzuheben; dagegen bestehen zwischen den Mächten schwerwiegende Differenzen hinsichtlich der Einfuhrzölle.

England will nur einen Maximalzoll von 4 Mark für den Doppelcentner zulassen, dagegen beantragte auf der Konferenz der österreichische Gesandte namens der österreichischen Delegierten einen Schutz Zoll von 12 Mark. Dagegen wandten sich entschieden die Engländer.

Hinter der Forderung der Deutschen steht der deutsche Zuckerrust, der alle Hebel in Bewegung setzt und alle persönlichen Beziehungen spielen läßt, um eine vernünftige Zuckerpolitik zu vereiteln.

Prinz Heinrich und die Fleischwünige. Die bekannten amerikanischen Wachsenfleisch-Exporteure Armour hatten es verstanden, den Zufall so zweckmäßig zu leiten, daß sie gemeinsam mit dem Prinzen Heinrich die Fahrt nach New York unternahmen.

Wie die Blätter berichten, zog der Prinz diese Millionäre zur Mittagstafel heran. Die Herren Armour werden wohl nicht verfehlt haben, dem Prinzen mitzuteilen, daß das von ihnen exportierte Wachsenfleisch ebenso schmackhaft und billig wie gesund ist; daß also die deutsche Regierung ohne jeden sachlichen Grund den Agrariern den Wunsch erfüllt hat, „aus gesundheitlichen Rücksichten“ die Einfuhr des amerikanischen Wachsenfleisches zu verbieten.

Der Höhepunkt der Prinzentour.

Ist heute durch den feierlichen Laufakt der neuen kaiserlichen Sportjacke glücklich erreicht worden. Ueber diesen den Anseh und Ansehenspunkt der ganzen Reise bildenden historischen Akt läßt sich das offiziöse deutsche Teledienstbureau aus New York laßeln:

New York, 25. Februar. Auf Schooters Island angekommen, geleitete Prinz Heinrich Fräulein Alice Roosevelt zu der Plattform, auf der dann auch Präsident Roosevelt und die Gattin des Mayors von New York, Frau Low, und der Vot-schaffter von Hollenden Platz nahmen. Der Prinz plauderte mit Fräulein Roosevelt bis tief um 10 Uhr 40 Minuten die Champagnerfische mit einem Schlage zerstückt und dazu sprach: „Im Namen des deutschen Kaisers taufe ich Dich „Meteor“.“ Anononisch, Must und lauter Jubel erlöuten. Sodann überreichte der Prinz Fräulein Roosevelt einen Blumenstrauß, wobei er den Hut lästete.

Fräulein Roosevelt zertrat sodann mit einem silbernen Weil die Seile, welche die Jacke hielten, diese ergrifferte, glitt vorwärts und erreichte glatt die Mitte des Stromes. Prinz Heinrich überreichte sodann Fräulein Roosevelt ein

Gutband mit dem Namen "Meteor" und knüpfte ihr dasselbe um den Arm. Von dieser Scene sowie mehreren andern während des Stapellaufs wurden photographische Aufnahmen gemacht.

Prinz Heinrich Labelbe dem Kaiser sofort einen Bericht über den Verlauf der Tauffeier.

Feierlicher kann auch im himmlischen Reiche der Mitte eine gleichgültige Okereremonte nicht behandelt werden. China ist mir darin unmodern, daß es gleich gewichtigen Staatsaktionen noch keinen internationalen Charakter aufsprühen pflegt.

Am 24. fand im Weißen Hause in Washington der Empfang des Prinzen statt. Präsident Roosevelt hielt zwei inhaltsschwerere Reden, die folgenden Wortlaut hatten:

Wir bewundern Deutschlands große Vergangenheit und seine gegenwärtige Größe und wünschen ihm jeden möglichen Erfolg für die Zukunft; mögen die Bande der Freundschaft zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Volke immer stärker werden!

Im Namen des amerikanischen Volkes begrüße ich Sie und biete Ihnen unseren warmsten Willkomm und die Versicherung unserer herzlichsten Zuneigung dar.

Die Punkte werden sich wohl selbst nicht einbilden, damit den Rekord der Vereidlichung geschlagen zu haben. In Europa ist man ganz andere Bausteine geworden.

Uebrigens beobachtete auch Prinz Heinrich demgegenüber eine angemessene rhetorische Zurückhaltung, indem er sich darauf beschränkte, kurz der Hoffnung auf die beständige Fortdauer der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Nationen Ausdruck zu geben.

Die maßlose Arroganz der republikanischen Parvenus soll sich übrigens, wie eine Korrespondenz sich melden läßt, in Gerichten geradezu abenteuerlicher Art kundgeben. Infolge ihrer Unfähigkeit, die politische Bedeutung des Prinzenbesuches würdigen zu können, soll in gewissen Bevölkerungskreisen das absurde Gerücht verbreitet sein, daß Prinz Heinrich als — Brautverwerfer gekommen sei, um für den Kronprinzen um die Hand der Miß Roosevelt (Rosenfeld) anzuhalten! Einen krasserer Beweis ihrer politischen Unreife konnten die Dollartroyen wirklich nicht liefern.

Der Säubereifer. Als im Reichstag zuerst die bekannte Angelegenheit der 12000 M. zur Sprache kam, suchte v. Woedlke den Grafen Posadowsky auf, um ihn zu fragen, weshalb er ihn nicht verteidigt habe, da doch alles, was er gethan, nur auf Anweisung seines Vorgesetzten geschah sei. „Weshalb?“ erwiderte Graf Posadowsky, „dann hätte ich ja gehen müssen.“ So hat Herr v. Woedlke, wie die „Voss. Zig.“ erzählt, selbst seinen Freunden berichtet.

Der Kadavergehorsam scheint auch in den Beamtenkreisen zu herrschen, der in diesem Falle so weit gegangen ist, daß ein unschuldiger Strafe für den Schuldigen auf sich nehmen mußte.

Sonderbar, daß Herr v. Woedlke sich in diese Rolle ruhig fügte! —

Und dem antisemitischen Narrenhaus. Der Delirium-Antisemit Graf Pückler aus Klein-Tschirnau schießt — Katten! Wir berichteten schon vor einiger Zeit von blutigen Haltungen dieses tollen Junkers; in einer von Pückler am Montag abgehaltenen Versammlung verurtheilte sich der Symptomkomplex desselben noch: er sieht Ratten, der Bedauernswerte, — Katten! Unter dem Vorwand, einen Vortrag über das Thema: „Landgraf, werde hart!“ halten zu wollen, fing er an zu delirieren. Minutenlang polterten die Sätze wie ein Wirbelwind in den Saal hinein, so daß man nur mit gespannter Aufmerksamkeit folgen konnte, dann verfiel der Redner mit einem Aussehen in Schwermut, um bei ausgestreckten Armen und verdrehten Augen in langen Intervallen mit Pathos dreimal zu mahnen: „Landgraf, ... werde hart!“ Seine Ausführungen galten anfangs den roten und gelben Ratten (Socialdemokraten, Juden), deren vollständige Ausrottung er vom Kaiser fordert. „Deutscher Kaiser! Sei hart gegen die Ratten, namentlich gegen die gelben.“ Schon hat es 112 geschlagen, um 12 Uhr geht das Reich zu Grunde. Willst Du warten, bis es noch mehr Judengenossen giebt. Siehst Du nicht, wie Deine Beamten und Offiziere von den Juden geküßelt werden bis aufs Blut? Die Hoflinge sind Judengenossen und Jammerlappen, wie auch die Behörden und Gerichte längst unter dem Einfluß der Juden stehen. (Zwischenruf: Weisfall.) Ich hätte für mein jüdisches Auftreten gegen das Judenpaar eher einen hohen Orden verdient, als eine Verurteilung. (Bravo!) Der König sollte die Behörden veranlassen, Spitzbuben und anderes Gefindel zu verhaften, aber den unschuldigen Pückler unbehelligt zu lassen. Sollte sich wieder einmal ein Polizeikerl herausnehmen, mich verhaften zu wollen, schieße ich ihm eine Portion Schrot in den Bauch. Landgraf — Landgraf — Landgraf! Du gehst einem dunkeln Schicksal entgegen! Es wird endlich Zeit, daß die Fürsten Ruhe thun im Saal und in der Küche. Wir aber müssen endlich einmal anfangen, auf die Judenbande wirklich loszugehen. Wenn Euch auf dem Heimwege schwarzlockige Jünglinge und Damen begegnen, tretet auf sie zu und gebt ihnen — polsch, polsch — rechts und links ein paar Ohrfeigen, hebt dann den Fuß und verfehlt den Schwarzgeledeten noch einen tätigen Fußtritt. Auf diese Weise muß der Anfang gemacht werden. (Mit Pathos:) Mein Vaterland, wache auf! (Zwischenruf: Weisfall.) Der überwachende Polizeileutnant hielt den Narren offenbar für ungeschicklich; er notierte zwar hin und wieder einige „Wumen“, verzog aber sonst keine Miene.

Daß der arme Pückler so reden muß, weiß jeder Mediziner; was soll man aber zu Leuten sagen, die den kranken Menschen durch wilden Weisfall zu immer stärkerer krankhafter Erregung aufreizen?

Wegen eines schlecht gefüllten Schoppens ein Duellmordversuch!

Ein Pistolenduell, das am Morgen des 18. Dezember v. J. bei Carlswig stattfand, bildete den Gegenstand der Erörterung vor dem Kriegsgericht der 11. Division in Breslau. Als Angeklagte erschienen der Lieutenant der Reserve, Referendar Hermann Schenke und der Lieutenant im 8. Kronbataillon Fritz Morawe, jener wegen Zweikampfs mit tödlichen Waffen, dieser wegen Kartelltragens angeklagt. Den Anlaß zu dem Duell, das, wie vorweg bemerkt sei, ohne Blutvergießen verlief, gab der „Breslauer Morgenztg.“ zufolge ein Rencontre des Angeklagten Schenke mit dem stud. phil. Max Erler am Viertisch im Kugelhüttenraum am Abend des 29. November v. J. Referendar Schenke, der „alter Herr“ der „Leopoldina“ ist, hatte einen Schoppen Bier nicht angetrunken, weil er ihn, als schlecht eingeschänkt, nachschicken lassen wollte. Nach ständlichem Brauche sollte der Schoppen deshalb „abgefangen“ werden. Schenke verbot sich dies mit der Erklärung, er wolle sich den Schoppen nachschicken lassen. Da sagte Erler, der mit Couleur der Läubinger „Rollern“, einer Kartellverbindungs der „Leopoldina“, an demselben Tische saß, zu Schenke: „Als Reserveoffizier darfst Du den Schoppen nicht nachschicken lassen.“ Schenke erwiderte: „Ich sehe hier nicht als Reserveoffizier, sondern als Leopoldiner!“ darauf replizierte Erler: „Und ich sehe hier nicht als Leopoldiner, sondern als Läubinger Joller.“ Schenke entgegnete: „Deshalb hast Du noch kein Recht. Dich hier zu „schlössen“ zu benehmen.“ (Erler hatte sich nämlich nach Ansicht Schenkes den Reservenamen gegenüber schon wiederholt unpassend benommen.) Durch das Wort „schlössen“ schloß sich Erler nicht nur persönlich beleidigt, sondern auch in seiner Eigenschaft als Läubinger „Joller“, zumal Schenke hinzufügte: „Wenn Du nicht die Couleur auf dem Kopfe hättest, würde ich Dir ein paar herunterschlagen!“ Erler nahm darauf die Milze vom Kopf und sagte: „Ich nehme sie ab, dann steht Dir nichts im Wege.“ Dann forderte er seinen Gegner wiederholt auf, die Angelegenheit draußen zu erledigen. Schenke weigerte sich aber, mit hinauszukommen und deshalb sagte Erler: „Du kneiffst also? Du bist ein Feigling und ein Aneifer!“ Darauf erwiderte Schenke: „Wenn Du mich Aneifer nennst, nenne ich Dich einen Lump!“ und wieder-

holte das Wort „Lump“ nochmals. Als Schenke, der sich inzwischen den Leberzieher angezogen hatte, weggehen wollte, sprang Erler auf ihn zu und schlug ihn mehrere Male ins Gesicht. Die Affaire forderte natürlich standesgemäße Sühne. Schenke unterbreitete die Angelegenheit dem Ehrenrat des Bezirkskommandos in Meisse, wo er zuständig war, mit dem Ersuchen, sie nach Breslau zu überweisen. Der Bescheid des Ehrenrates, der am 16. Dezember eintraf, ging dahin, daß ein Duell nicht zu umgehen sei. Das Gericht erkannte gegen den Angeklagten Schenke, weil er beantragt, auf 5 Monate, gegen Lieutenant Morawe auf 1 Tag Festungshaft.

Preussische Schülerfolge in Polen. Aus der Schule in Pul wird fortgesetzt über die Bestrafung polnischer Kinder für Verweigerung deutscher Antworten berichtet. Jetzt werden einige Aufsätze der Kinder veröffentlicht, welche allgemeines Interesse beanspruchen, weil sie geradezu kulturhistorische Dokumente bilden. Die Sätze lauten wörtlich:

„In Namen der Vater und der Sonn und Anen Vater unser de bis Himmel der Heize erde der Ramen zu erst konn Heisens Reim der Wilhelm erschen in Hinel unser Brot gib heute unsernig Amen.“

Die Schreiberin zählt dreizehn Jahre und besucht die preussische Schule seit 7 Jahren.

Ihre Schwester, die schon 5 Jahre zur Schule geht, hat so geschrieben:

„In Namen des Vaters und der Heibes Heiges Amen. Vaters unser der du bis im Himmel Heheige werde bei Rame zu und loms dein reich der Wile geheige wie im Himmel alle auch Erde unser lillich Brot und verjid und wissers Schultige Ame gegestit Gristu Maria du bis volde gnabe der Herr ist mit die du bis gebim deit ist die frud Heiles Jesus Gna Heilige Maria Muters Gotes bites für uns ame finde Jez und der Stund und jere todes Amen.“

Das sind prächtige Schülerfolge der Germanisierungspolitik! Diese jugendliche „Verdeutschung“ der Polensinder muß notwendig auch das kümmerlichste Schulziel vereiteln und die Schüler geistig verkümmeln.

Ein Haß des Breschener Kurzes. Der Gemeindevorsteher von Djanonowo Albert Ormina, der der Beleidigung des deutschen Lehrers Kühn angeklagt war, weil er in einer an die Regierung gerichteten Weiswerbschrift behauptet hatte, daß der Lehrer Kühn die Schulkinder mißhandele, wurde am Dienstag von der Strafkammer des Bromberger Landgerichts freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte 3 Monate Gefängnis beantragt.

Die Regierung wird sich ja nun wohl entschließen müssen, gegen den Lehrer einzuschreiten. Denn wenn die Dinge, deren der Gemeindevorsteher den Germanisierungspädagogen bezichtigte, schon damals angehan waren, dem Weiswerbsführer eine Anklage zuzuziehen, so müssen sie wirklich ziemlich handeltüchtiger Art sein! —

Breschen.

Die Komitees, welche sich in Posen und Breschen zwecks Verwaltung der für die Opfer des Guesener Prozesses eingeleiteten Gelder gebildet haben, veröffentlichten jetzt ihre erste Abrechnung. Danach sind in Posen eingegangen 64 004,82 M., in Galizien 78 391 Kronen. Von diesen Summen hat man den Verurteilten erst 9103 M. 77 Pf. ausgehändigt. Der Bericht sagt zum Schluß:

„Aus den verbleibenden Summen wird ein Teil für eine augenblickliche Hilfe für die Verurteilten verwendet, der größte aber — im Sinne der Geber — gehört den Breschener Kindern ... und wird in gehöriger Weise verwendet werden.“

Das schweigsame „in gehöriger Weise“ ist durchaus unverständlich. Und dies um so mehr, da der Bericht erst erschien, als seit einigen Tagen in einem Teil der polnischen Presse Lärm geschlagen wurde. Es wurde behauptet, daß die Verurteilten in Breschen nicht einmal mit dem Notwendigsten versehen seien. Unter polnisches Parteiblatt, die „Gazeta Robotnicza“ entsandte daraufhin einen Vertreter nach Breschen, der seine dortigen Eindrücke u. a. folgendermaßen in der „Gaz. Rob.“ schildert:

„Manche von den Familien sind arbeitslos, manche verdienen nur 12 M. wöchentlich. ... Wenn wir dazu die Qual der Voruntersuchung hinzurechnen, die lange Erwartung des Strafzuges und die Erregung wegen des unerbittlichen Schulsystems, welches noch weiterhin die Kinder für ihren Trost mit Kochtöpfen straft, so erhalten wir ein genaues aber herzerreißendes Bild ihres Elends.“

Es wird weiter ausgeführt, daß die Verurteilten den Eindruck haben, als ob das Komitee den gegebenen Geldern den Charakter von Almosen aufbrüden wolle, was die Familien empöre. Man könne verlangen, daß die Gelder im Sinne der Geber den Verurteilten gegeben und für ihre Kinder verwendet würden. Das Komitee habe nur den Vermittler zwischen den Gebern und den Verurteilten zu spielen und sich kein selbständiges Recht zuzusprechen. Die Korrespondenz schließt:

„Was die jetzigen Schulverhältnisse betrifft, so haben sie sich insoweit geändert, als die Kinder für ihre Weigerung, den Religionsunterricht Deutsch zu nehmen, nicht mehr geschlagen, sondern mit 1—2stündigem Nachhaken bestraft werden. Dafür wird bei jeder andern Gelegenheit geschlagen, sodas die Aufregung der Breschener Bevölkerung absolut nicht abnimmt. — Doch geben die polnischen Kinder nicht nach; der Lehrer muß den Religionsunterricht ausschließlich mit den deutschen Kindern führen, während die polnischen schweigend in den Bänken sitzen.“ —

Englischer Boykott gegen Deutschland? Wir lesen in einem Blatte: „Wie es scheint, haben in diesem Jahre die Berliner Mäntelkonfektionäre kein gutes Geschäft in England gemacht, da ihr Organ, „Der Konfektionär“, Klagt, Coassisten und Fabrikanten, die seit Jahren ein sehr bedeutendes Geschäft mit England machen, versicherten angeblich nach der Rückkehr von ihrer letzten Englandreise, daß das Geschäft noch nie so schlecht gewesen sei.“ —

Vom militärischen Beschwerderecht. Unterdrückung einer Beschwerde über Soldatennachbehandlung. Der Hauptmann Hillmann vom 53. Feldartillerie-Regiment hatte sich vor dem Kriegsgericht der 4. Division in Bromberg wegen unterlassener Weitermeldung einer Beschwerde zu verantworten. Der Fall, der durch eine an den Kaiser gerichtete Beschwerde zur Untersuchung kam, liegt 3 1/2 Jahre zurück. Im Dezember 1908 wurde der Kanonier Wiele, der damals bei der 9. Batterie des Feldartillerie-Regiments Nr. 17 im zweiten Jahre diente, von dem Sergeanten Franz wegen schlechten Putzens der Pferde so vor die Brust gestossen, daß er rücklings mit dem Kopf gegen die eiserne Krippe fiel und einige Tage hindurch heftige Schmerzen im Kopfe hatte. Noch am selben Tage begab er sich zu dem Angeklagten, der damals Oberlieutenant der Batterie führte, und beschwerte sich über Franz. Die Meldung des Kanoniers hatte jedoch keine Wirkung. Uebrigens hat der Sergeant Franz im vorigen Jahre seinem Leben durch Erschießen ein Ende gemacht. Der Angeklagte behauptete, er wisse sich nicht mehr entsinnen, daß Wiele sich beschwert habe. Wiele, jetzt Postbote in Berlin, sagte aber unter seinem Eide aus, daß der Vorgang sich in der geschilderten Weise abgespielt habe. Er habe die Meldung erstattet, damit Franz bestraft würde. Am anderen Tage sei er durch eine Ordonnanz zu dem Wachtmeister Olasa gerufen und von diesem aufgefordert worden, die Beschwerde zurückzunehmen, was er auch versprochen habe. Eine ähnliche Aufforderung habe hierauf auch der Angeklagte an ihn gerichtet und versprochen, im Wiederholungsfall die Bestrafung Franz's herbeizuführen. Hauptmann Hillmann wurde auf Grund der Zeugenaussage zu drei Wochen Festungshaft verurteilt. —

Von beispielloser Rohheit zeigt eine Ansichtspostkarte, die von einem Münchener Verlag (J. Silberstein) in den Handel gebracht worden ist. Auf derselben wird der hingerichtete Aneifer dargestellt, wie er auf dem Schaft, den abgeschlagenen Kopf unter dem Arm, von vier Gendarmen Abschied nimmt, die sich die Thränen aus den Augen wischen. Unter diesem ekelhaften Bilde steht der Vers:

Es ist bestimmt in Gottes Rat,
Daß man vom Liebsen, was man hat,
— muß scheiden.“
Welche Erfahrung muß der Verleger dieses hundsgehimmigen Produkts mit der Weisheits- und Gemütsverfassung des zu sieben Hefteln katholischen Bayernvolkes gemacht haben, daß er es wagen darf, eine solche Ansichtspostkarte in den Handel zu bringen. —

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Galizische Freiheit. Die Lemberger Blätter berichten, daß zwei Hörer des Polytechnikums, welche aus Russisch-Polen stammten, von der Polizei ein Ausweisungsbefehl bekamen. Sie sollen im Verlauf von sechs Tagen die Grenzen Oesterreich verlassen. Diese Maßnahme steht mit den letzten Studenten-Demonstrationen in Verbindung. Weitere Ausweisungen sollen folgen.

In dieser neuesten Blangthat bemerkt unser Krakauer Parteiorgan:

„Die Servilisten reden dem armen Galizien fortgesetzt ein, daß es das glücklichste Land auf Erden sei. Hier — wiederholen sie ohne Ende — haben wir die Autonomie, hier ist der Pole auf polnischer Erde frei, hier kann er in polnischer Luft frei atmen! Ein Pole an der Spitze der Landesregierung, die ganze Landesverwaltung in der Hand von Polen!“

Man hat die Ausweisungen von Polen, welche der österrösch-polnischen Regierung nicht gefallen, vergessen! Man hat vergessen, daß diese „polnischen“ galizischen Behörden schon hohes den russischen Gendarmen ausgeliefert haben, man hat den tragischen Tod von Ignaz Komara vergessen, der an der Grenze in Gwanica von einem „polnischen“ Krakauer Kommissar den zärtlichen Polizeisten ausgeliefert wurde und sich unter die Räder des Juges warf, um dem langsamen Tod durch Zwangsarbeiten zu entgehen ...

Dänemark.

Die zweite Lesung des Steuerreform-Entwurfs wurde am Sonnabend im Folkething beendet. Die Anträge der socialdemokratischen Minderheit der Folkethingskommission wurden zwar abgelehnt, doch zeigte es sich bei der Abstimmung, daß eine nicht unerhebliche Anzahl Liberaler sich für die socialdemokratischen Änderungsanträge entschied. So stimmten dafür, im Falle der Wert eines Grundstücks durch allgemeine Verhältnisse ohne Zutun des Eigentümers steigt, eine dementsprechende Erhöhung der Steuer einzutreten hat, außer den Socialdemokraten 6 Liberaler; für den socialdemokratischen Antrag, der Stadt Kopenhagen das Recht auf Einführung der Besteuerung nach prozentual steigender Stala zuzugestehen, stimmten außer Socialdemokraten 11 Liberaler. Für die steigende Stala und gegen die diesbezüglichen Punkte des Regierungsentwurfs hat sich vor einiger Zeit schon die gesamte kommunalverwaltung der Stadt Kopenhagen, Magistrat sowohl wie Stadtverordnete, ausgesprochen. Dieser Umstand und die ängstlich scharfe Kritik, die der Genosse Vordbjerg an dem Verhalten der „liberalen“ Regierung hinsichtlich der Steuerreform übte, waren wohl die Veranlassung, daß der Finanzminister Hage im Folkething erklärte, die Steuerverhältnisse Kopenhagens sollten durch ein besonderes Gesetz geregelt werden. —

Schweden.

Die neue Partei, von deren Bildung schon seit geraumer Zeit die Rede war, ist jetzt endlich am Sonntag begründet worden. Sie hat den Namen „Freisinnige Landesvereinigung“ erhalten. Man hat lange darüber diskutiert, ob man nicht den Namen „die Linke“ wählen sollte, unter dem die entsprechenden Parteien des freigesinnigen Bürgerthums in Norwegen und Dänemark gekämpft haben, doch beschloß man, daß der Titel ein Schreckgeheiß für die „Freisinnigen“ auf dem Lande bilden könnte; das Wort „Liberaler“ aber steht bei der Demokratie der Städte nicht mehr in gutem Geruch, und so einigte man sich dem auf den oben genannten Namen. Dementsprechend ist denn auch das Programm der Partei nur durch ein Kompromiß zwischen den entschiedenen demokratischen und den nur „freisinnigen“ Elementen der Partei zu stande gekommen. So konnte sich die Mehrheit denn auch nicht dazu aufschwingen, das allgemeine Wahlrecht in das Programm aufzunehmen, sondern begnügte sich damit, sich für eine „Ausdehnung“ des politischen Wahlrechts zu erklären. Demnach will die Partei für eine zeitgemäße Reform des Steuerwesens eintreten. Ferner hat die Partei die Förderung der internationalen Schiedsgerichte, die Arbeiterwohlfahrtsfrage, Invaliditäts- und Altersversicherung, Volksaufklärung und Erziehung, die Wählerrechtsfrage, gesellschaftlicher Schutz der Rede, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit auf ihrem Programm. — Bei der Gründung waren nur wenig über hundert Personen anwesend: Mitglieder der Sammlungspartei, Liberale und radikale Zeitungredacteure. „Mein quantitativ genommen ein nur mäßige Hoffnungen erweckender Anfang“, schreibt „Socialdemokraten“, „und es ist wenig Besorgnis zu hoffen, daß die Qualität sich viel besser ausnimmt, daß die radikalen Elemente stark genug sind, um den Schwerpunkt zu bilden.“ —

Belgien.

Für das allgemeine einfache Wahlrecht hat sich die liberale Vereinigung von Gent erklärt. Es ist dies insofern von Wichtigkeit, als diese Vereinigung zum großen Teil aus Großindustriellen und Kaufleuten besteht. In einigen Tagen soll leitend der Socialisten, Christlichen Demokraten, Radikalen und Liberalen in Gent, also im Herzen des stark kirchlichen Flandern, der Kampf für das allgemeine gleiche Wahlrecht mit großer Energie begonnen werden. —

Die Schließung der Schächte von Maribaye seitens der Untertanen wird Gegenstand einer Interpellation in der Kammer werden. Durch die Schließung der Gruben sind nicht nur 800 Arbeiter brotlos geworden, es besteht auch die Gefahr, daß durch das Aufgeben der Schächte die dortigen Kohlenlager für immer verloren sein werden. Der socialistische Abgeordnete Smeets hat deshalb dem Minister angezeigt, daß er die Regierung interpellieren werde, was sie zu ihm gedenke, um das Eigentum, das der Nation gehöre, zu retten. —

England.

Die Gewerkschaften und die Politik.

London, 22. Februar. (Fig. Ver.) Es ist erfreulich, daß den allen Gewerkschaftsführern junge Arbeiterorganisationen entgegenzutreten, die für progressive Gedanken kämpfen. Während Rosebery seinen Brief an die „Times“ schrieb, versammelte sich das Komitee für parlamentarische Vertretung zu seiner Jahreskonferenz in Birmingham. Es waren über 100 Delegierte von Gewerkschaften usw. anwesend. Der Jahresbericht teilt mit, daß sich dem Komitee 62 Gewerkschaften mit 442 070 und einige Gewerkschaftsvereine und socialistische Vereinigungen mit 13 861 Mitgliedern angeschlossen haben. Der Bericht bebauert, daß die Arbeitervertreter, die gegenwärtig im Parlament sitzen, nicht die Gesamtinteressen des arbeitenden Volkes im Auge haben. Das wäre um so nötiger, als die Existenz der Arbeiter jetzt von den Gerichten und der Presse gefährdet werde. Die Konferenz sprach sich für die Gründung einer progressiven Arbeiterpartei aus. Die als konservativ geltende Gewerkschaft der Kesselstiche nahm letzten Monat ein Referendum vor über die Frage einer besonderen parlamentarischen Arbeitervertretung. Mit „Ja“ stimmten 25 581, mit „Nein“ 6005 Mitglieder. Die Mehrheit beträgt demgemäß 19 586 Stimmen.

Wenn nur aus dieser „progressiven“ Politik nicht wiederum eine bürgerlich-liberale wird! Auch die Broadhurst, Madison &c. haben als progressive Arbeitervertreter angefangen. —

Italien.

Sociale Konflikte in Italien.

Der Generalstreik in Turin. Um die Forderungen der Gasarbeiter zur Durchführung zu bringen, haben die an die Turiner Arbeiterkammer angeschlossenen Organisationen den Streik beschlossen, die Bäder haben damit den Anfang gemacht, auch Eisenbahner und Schriftsetzer sind zum Teil ausständig. Die Erregung der Arbeiterkammer ist deshalb so hoch gestiegen, weil die Gesellschaft jedes Entgegenkommen ablehnt. Die Gasarbeiter hatten Einigungsunterhandlungen vorgeschlagen auf Grund folgender Basis: Wiederaufnahme sämtlicher Streikenden und nachträgliche Verhandlungen über die Forderungen. Die Direktion hat dies abgelehnt; sie habe Hilfskräfte genug und brauche ihre alten Arbeiter nicht mehr. Diese Arbeiter, über welche die Direktion verfügt, sind noch immer die Feuerwehrlente und städtischen Arbeiter, und die Belästigung von Turin ist noch immer eine äußerst schlechte. Zu dieser parteiischen Unterfützung der Gasgesellschaft seitens des Staates und der Kommune kommt die brutale Behandlung der Streikenden durch die Polizei. Am vergangenen Sonnabend hatten sich die Gasarbeiter in friedlicher Versammlung zusammengefunden, Saal und Hof waren voll besetzt. Da drang eine Anzahl Polizisten und Gendarmen ein, ließen ohne weiteres auf die Versammlungsbesucher ein und nahmen eine Anzahl Verhaftungen vor. Auf diese Verhaftungen hin haben die sozialistischen Stadtvorstände die Einberufung einer Sitzung beantragt, und die Deputierten Rossi und Morgari sandten ein Telegramm an das Ministerium, in welchem sie energisch Protest einlegen gegen die polizeilichen Gewaltthätigkeiten, die schwere Folgen nach sich ziehen könnten.

Der Streik in Turin soll übrigens bereits beendet sein. Ein Telegramm vom Dienstag besagt: Die Stadt hat ihr normales Aussehen wieder gewonnen. Alle Arbeiter haben die Arbeit wieder aufgenommen.

Soldaten als Streikbrecher. Der Ausstand der Eisenbahnarbeiter ist von der Regierung in sehr einfacher Weise dadurch wiedergeföhrt worden, daß man Soldaten zum Ersatz der Ausständigen abkommandierte. Das geschah natürlich nur zur Aufrechterhaltung des Verkehrs, keineswegs, um den schlechtentlohnenden Eisenbahnproletariats die Ohnmacht ihrer Organisationsbestrebungen zu beweisen! Den Streikenden ist aber jedenfalls einmal recht eindringlich demonstriert worden, eine wie nützliche und notwendige Institution der Militarismus ist — für den kapitalistischen Staat.

Die Gasarbeiter von Ancona sind ebenfalls in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie haben der Direktion ihre Forderungen unterbreitet, diese hat mehr Entgegenkommen gezeigt, als die Turiner, und die Unterhandlungen werden hier geföhrt zwischen ihr und den Arbeitern unter Beihilfe der Arbeiterkammer und der städtischen Verwaltung. — In Florenz streikten die Arbeiter der Tabak-Manufaktur. — Die Buchdrucker und Schriftsetzer von Neapel sind in eine Bewegung eingetreten zur Erlangung eines festen Tarifs. —

Spanien.

Die Unruhen in Spanien. Die Nachrichten, die über die Unruhen und Aufstände in Spanien zu uns dringen, sind alle mit großer Vorsicht aufzunehmen, die Regierung läßt eine scharfe Censur an allen Depeschen. Die französischen Blätter lassen sich deshalb von Perpignan, der nächsten Grenzstadt telegraphieren. Nach den Mitteilungen französischer Korrespondenten sind die Streiks in Barcelona noch nicht beendet. Die Arbeiter verlangen die Haftentlassung aller bei den Unruhen verhafteten Führer. Der Generalkapitän hat geantwortet, daß er nicht wolle, wo dieselben sich befinden. Die Unternehmer der Metallindustrie haben den Reumstundentag abgelehnt; sie behaupten, daß die Bewilligung desselben ihre Industrie ruinieren würde. —

Türkei.

Albanische Unruhen. Wie von der montenegrinischen Grenze gemeldet wird, griffen Albanesen reguläre türkische Truppen an, weil der Mörder des Molla Jekka ihnen nicht ausgeliefert worden sei. Es seien in dem Kampfe, der noch fortdauere, mehr als 60 Personen getötet beziehungsweise verwundet, und es herrsche an der Grenze große Erregung.

Der Boeren-Krieg.

Der Wochenbericht Rithener.

Rithener meldet, daß die Verluste der Boeren während der letzten acht Tage 28 Tote, 12 Verwundete und 219 Gefangene betragen. 104 Boeren ergaben sich. Lord Rithener berichtet weiter, daß die Koxpforte von den Boeren ziemlich geföhrt ist. Er teilt ferner mit, daß eine neue Kombination englischer Kolonnen gegen De Wet im Orange-Freistaat im Anmarsch ist. Die englischen Verluste während der letzten Woche beliefen sich auf 46 Tote, 90 Verwundete, 21 Gefangene und 126 an Krankheit Verstorbene.

Kein Unterwerfungsangebot.

Lloyd George fragte am Dienstag im Unterhaus an, ob Lord Milner irgend welche Mitteilung von Votha erhalten habe, in welcher dieser seine Ergebung anbiete. Chamberlain erwidert: „Nein, keine!“

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Kleber und Bauhandwerker! Der Bau-Josantenstraße 71/72 ist wieder gesperrt (Unternehmer Pina Cronau, Markurgert 3), weil die Kleber trotz Unterschrift des Tarifs sich schriftlich verpflichtet hatten, für die alten Preise weiter arbeiten zu wollen. Die Arbeitsberechtigungs-Karten der dort arbeitenden Kollegen sind also ungenügend.

Bewilligt haben noch die Firmen Bernhard, Goltzstr. 11 und W. Zäbde, Mariendorfer.

Die Lohnkommission der Kleber Berlins und Umgegend.

Die Filiale Berlin des Verbandes der Vergolder Deutschlands hat beschlossen, die Arbeitslosen-Unterstützung vom 1. Januar 1902 ab total und obligatorisch einzuföhren und den wöchentlichen Beitrag von 35 Pf. auf 50 Pf. zu erhöhen. — Die erste Auszahlung der Unterstützung erfolgt mit dem 1. Januar 1902.

Deutsches Reich.

Die fünfte Generalversammlung des Verbandes der Maschinen- und Feiler findet am 30. und 31. März d. J. zu Magdeburg statt. Der Verband, welchem zur Zeit ca. 6500 Mitglieder angehören, will analog dem Vorgehen anderer Gewerkschaften für seine Mitglieder ebenfalls eine Arbeitslosen-Unterstützung einföhren; außerdem soll eine Reorganisation stattfinden, wonach die verschiedenen Vereine und Filialen in Jahrestellen umgewandelt werden, unter angemessener Erhöhung und Einführung von wöchentlichen Beiträgen. Sitz des Verbandes ist in Berlin SO. 33.

Au den Streik der Gerberei-Arbeiter in Wülfer, der im Jahre 1899 ausbrach und recht lange währte, erinnerte sich einmal eine Verhandlung, die vor der Strafkammer in Altona stattfand. Sechs Gerber und ein Schiffer waren vom Schöffengericht in Wülfer zu Gefängnisstrafen von 6, 5, 4 und 3 Monaten verurteilt worden, weil sie angeblich einen Arbeitswilligen, Namens Sahlberg, verprügelt und beleidigt hätten. In der Berufungsdinstanz wurde auf

Antrag des Staatsanwalts das Urteil gegen zwei der mit 3 Monaten Verurteilten aufgehoben, das Urteil gegen die übrigen bestätigt.

Der Streik der Schreiner in Neu-Henburg dauert fort. Bei der Firma Koller u. Lange hat auf Vorstellung der Arbeiter der Gläubiger-Ausschuß die Lohnreduktion zurückgenommen. Vor der Fabrik der Firma Wittich stehen mittags und abends zwei Schutleute nebst den Fabrikanten und so werden die Herren Arbeitwilligen mittags zum Essen und abends zur Bahn geleitet, damit ihnen kein Leid geschieht. Die Haltung der Streikenden ist eine gute zu nennen. Im Ganzen werden 79 Ausständige gezählt, davon sind 46 verheiratet mit 89 Kindern. Alle Anfragen sind an Andreas Amendt, Neu-Henburg, zu richten.

Die Situation in Greiz ist un verändert. Am Sonnabend Nachmittag wurden die Weber Seifert, Majstle, Dietrich und Gröger, welche zu den Streikenden gehören, in die Regierung beschiefen. Sie wurden vom Regierungspräsident v. Meding, Regierungsrat Hamisch und Regierungsrat Cammann empfangen und über die Situation eingehend befragt. Die Konferenz dauerte 3/4 Stunde. Anschließend hat die Regierung auch schon mit Fabrikanten konferiert. Sie wird sich allem Anschein nach angelegen sein lassen, einen Vergleich herbeizuföhren. Weitere Besprechungen fanden am Montag Vormittag statt. — Die Unterstufungssätze sind wie folgt festgesetzt: Für Verbandsmitglieder pro Woche 8 M. und für jedes Kind 50 Pf. bis zum Höchstbetrage von 11 M.; für diejenigen, welche erst im Laufe der Aufsperrung dem Verbandsbeiträge sind, 5 M. und ebenfalls für jedes Kind 50 Pf. bis zum Höchstbetrage von 8 M. Diejenigen, die dem Verbandsbeiträge nicht angehören und demselben auch nicht beitreten wollen, erhalten 4 M. und je nach der Kinderzahl Naturalien. Für die letzteren müssen die Gelder verwendet werden, die durch freiwillige Beiträge eingehen. Diese Unterstufungssätze entsprechen ungefähr dem Einkommen eines Webers bei nicht ganz gutem Geschäftsgang.

Der Ausstand bei der Firma Adam Schmidt in Saalfeld ist nun doch eingetreten, obgleich die Arbeiter durch Anrufung des Einigungsamtes sich bemüht haben, das Feuerste zu vermeiden. Herr Schmidt wollte von einer Einigung nichts wissen und so legten denn am Montag 46 Arbeiter die Arbeit nieder. In Betracht kommen Wütcher, Drechsler, Tischler, Schneidmüller und einige Handarbeiter. Zugang von Arbeitern dieser Branchen ist ferngehalten.

Auch die Schneidergehilfen von Mannheim haben ihren Arbeitgebern Forderungen eingereicht. Die einzuföhrenden Tarife sind in vier Klassen geteilt und sehr minimal gehalten. Es ist den Gehilfen hauptsächlich darum zu thun, allgemein geregelte Lohnverhältnisse herbeizuföhren, wie dieses in andern Städten schon längst der Fall ist. Auch der Schmutzkonkurrenz soll hierbei ein Damm gesetzt werden, die heute auf Kosten der Arbeiter betrieben wird.

Ausland.

Die Aufsperrung in Gushede. Die Fabrikanten sind am Sonnabend Abreingekommen, die Beschlußfassung über die Schließung sämtlicher Fabriken, wie sie beabsichtigt anlässlich des Weberstreiks geplant wird, noch 14 Tage hinausgeschoben.

Versammlungen.

Der Sozialdemokratische Verein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am Freitag in Bölow's Brauerei eine öffentliche Versammlung ab, in der Schriftsteller G. Bernhard über Zoll- und Klassenpolitik sprach. Eine Diskussion über den sehr beifällig aufgenommenen Vortrag, in dem der Referent die wichtigsten Bestimmungen des Vorkariffgesetzes erörterte und die hochschulgünstige, agrarische Tendenz desselben sehr treffend kennzeichnete, wurde nicht beliebt. Unter Vereinsmitteilungen ergänzte der Kassierer Liepmann den bereits in der vorigen Versammlung erstatteten Kassenericht und berichtete, daß die Wahlvereins-Einnahme so ziemlich die gleiche geblieben sei wie im Vorjahr. Von Liegevieh wurde bemängelt, daß jetzt noch einige Rissen von den Stadtverordnetenwahlen ausstehen und gewünscht, daß in Zukunft nur an solche Personen Listen abgegeben werden, welche die Gewähr bieten, daß sie bis zu dem entsprechenden Termin Abrechnung leisten. Der frühere Vertrauensmann J. Reul berichtete sodann, daß er in der Zeit vom 6. Oktober inf. des alten Bestandes von 294,84 M. insgesamt 494,74 M. verzeichnet hat. Dieser Betrag ist bis auf einen geringen Rest, der dem Kassierer überwiesen, für die verfloffenen Stadtverordnetenwahlen verausgabt worden. Der Vorsitzende gab hierauf bekannt, daß der Vorstand das Mitglied Krämer aus den der vorigen Versammlung mitgeteilten Gründen ausgesprochen habe. Der Ausschluß des Hoffmann habe sich von selbst erledigt. Die Versammlung erklärte sich mit den Maßnahmen des Vorstandes einverstanden. Eine längere Diskussion entspann sich über die letzte Arbeitslosen-Zählung und wurde hierbei lebhaft bestritten, daß im 5. Kreis seitens der Gewerkschaftskommission nicht die notwendigen Hilfskräfte, wie versprochen, zur Verfügung gestellt worden sind und dadurch eine Ueberlastung der einzelnen Genossen stattgefunden hat. — Zum 18. März wird eine Versammlung veranstaltet werden.

Die Vereinigung deutscher Maler und Berufsgenossen erledigte am 14. Jänner, sowie am 11. Februar er. die umfangreiche Tagesordnung der Generalversammlung. Zum 1. Punkt erstattete der Vorsitzende Buschold Bericht, welchen Link ergänzte. Nach dem Bericht haben stattgefunden: 5 Vorstandssitzungen, 18 Verwaltungssitzungen, 2 erweiterte Verwaltungssitzungen, 2 kombinierte Verwaltungssitzungen mit den Filialen Rixdorf und Charlottenburg, ferner 6 Mitglieder- und 4 ordentliche Generalversammlungen. Infolge Lohnreduzierung und unwürdiger Behandlung unsrer Mitglieder seitens des Werkmeisters bei der Firma Rapp u. Hecht (Fabrik künstlicher Palmen und Blumen) mußte die Verwaltung sich mit deren Betrieb befassen. Die dortigen Vereinsmitglieder wurden noch 13- und 7-jähriger Beschäftigung entlassen und in weitgehendster Weise unterstützt. An Korrespondenzen wechselte der Vorsitzende 48. Plum giebt dann den Kassen- und ergänzt den Verwaltungsbericht. Die spezifizirte Abrechnung ergab per 4. Quartal eine Einnahme von 1424,70 M., eine Ausgabe von 1182,30 M.; der Bestand ist 242,40 M. Durch Werkstättenagitation wurden mehrere Kollegen neu gewonnen. Rechtschutz wurde 6 Mitgliedern gewährt, wovon 6 Klagen gewonnen wurden; eine schwebt noch und eine ging verloren. Ohne Zeitungsbeitrag umfaßt die Bureaukorrespondenz 997 eingegangene und 2082 abgeschickte Postsendungen. Im dritten Quartal hatten bereits 778 Mitglieder 13 volle Wochenbeiträge entrichtet. Kloy ergänzte noch den Agitationsbericht: Die Wahl der örtlichen Verwaltung ergab folgendes Resultat: Bevollmächtigter wurde Buschold, Kassierer und Verwaltungsbeamter J. Plum, Schriftführer F. Schulze, Revisor Kloy, Gibbe, Unger und Dertel, Revisoren Dertel und Jacobson. In den Bericht des Gewerkschaftsbelegierten Link knüpfte sich eine rege Debatte, an der sich Kloy und Unger beteiligten. Da Link eine Wiederwahl ablehnte, wurden Kloy und Dertel gewählt. Als Delegierte zum Provinzialtag wurden Buschold, Kloy und Jacobson gewählt. Der Vorsitzende teilte noch mit, daß die Kassierer, Filiale II, ihren Arbeitsverweis vom 1. April an ebenfalls in das Gewerkschaftshaus, Zimmer 36, verlegten.

Der Verein aller Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche- und Krawattenbranche hielt am 12. Februar seine Generalversammlung ab. Es fanden im Jahre 2 General- und 7 Mitgliederversammlungen statt. Die Einteilung des Vereins in Sektionen hatte sich für denselben gut bewährt und war es deshalb möglich, den Verein, trotz der schlechten Konjunktur, fast auf denselben Mitgliederbestand zu erhalten. In den verschiedenen Sektionen fanden 11 Sitzungen statt. Außerdem wurden noch für Alt- und Neuplatzterinnen sowie Näherinnen 15 Versammlungen abgehalten. In Charlottenburg und Schöneberg fanden 2 Agitations-Versammlungen des Vereins statt. Der Verein hatte eine Einnahme von 5082,81 M. inf. Bestand von 1111,69 M. Die Ausgabe betrug 2657,05 M. Das Vereinsvermögen betrug am 31. Dezember 1901 4996,53 M. Aus dem Bericht des Arbeitsvermittlers ging hervor, daß das An-

gebot die Nachfrage um ein beträchtliches überstieg. Die Vereinsbibliothek wurde sehr rege in Anspruch genommen. Die Rentwahl hatte folgendes Ergebnis: Erster Vorsitzender wurde A. Leopold, zweiter Vorsitzender V. Keller, erster Kassierer M. Stanowski, für den zweiten Kassiererposten wurde H. Burghard gewählt, als erster Schriftführer P. Worch, als Schriftführerin H. K. H. Weißer wurden B. Ene, Frau Rosenstengel und G. D. Die Bibliothek wurde dem Kollegen Kerlich, Löwestr. 5, befallen. Der Arbeitsvermittler Herzl wurde einstimmig wiedergewählt. Derselbe wohnt Landwehrstr. 1.

Der Fachverein der Bretterträger und Brettschneider hielt am 18. Februar seine Monatsversammlung ab. Nach der Abrechnung der Lohnkommission hatte dieselbe eine Einnahme von 688,20 M., eine Ausgabe von 188,— M., bleibt ein Ueberfluß von 500,20 M., welcher der Streiklasse zu gute kommt. In die Lohnkommission wurden gewählt: E. Hinz, W. Pradel, F. Görner, D. Kretschmer, G. Hechel und F. Jährenion; als Revisoren: A. Vielgezogen, Mrowa und A. Theurig. Zum 18. März wurde beschlossen, die Kranzspende wie bisher beizubehalten.

Zur Lohnbewegung der Kleber. Nach dem Bericht, den die Lohnkommission in der gestrigen Versammlung erstattete, ist der Verlauf der Bewegung für die Arbeiter ein günstiger. An der Bewegung haben sich bisher 215 Kleber (177 vom Verein und 38 vom Verband) beteiligt. Von den 74 Unternehmern, an welche die Forderungen gestellt wurden, haben bereits 54 bewilligt und arbeiten bei diesen 115 Kleber zu den neuen Bedingungen. Als Streikende sind noch 74 Vereins- und 14 Verbandsmitglieder gemeldet. Einige Firmen sind deshalb noch gesperrt, weil sie wohl für einen Bau, aber nicht für alle in Betracht kommenden Bauten den Tarif anerkannt oder durch andre Mittel verfahren, die Forderungen der Arbeiter illusorisch zu machen. Dieses Resultat ist um so erfreulicher, als bekanntlich die Zunung die Ablehnung der Forderungen beschlossen und eine Vereinbarung mit den Gehilfen ebenfalls abgelehnt hat.

Nach einer langen Diskussion, in der es auch zu Auseinandersetzungen zwischen Vereins- und Verbandsmitgliedern kam, wurde folgende Resolution beschlossen:

„Die am 25. Februar bei Jannosch tagende Versammlung der Kleber Berlins und Umgegend erklärt, daß 1. beide hier bestehende Organisationen nur solche Bewilligungen anerkennen dürfen, wo der Klebertarif vom Unternehmer durch seine Unterschrift oder Stempel im vollen Umfange anerkannt ist; 2. abgegangen darf nur dann werden, wenn eine öffentliche Kleberversammlung es ausdrücklich gestattet. Daher ist die vom Verbands anerkannte Bewilligung bei der Firma Löber als ungültig zu erklären, und haben die Kollegen die Arbeit niedergulegen und erst dann wieder aufzunehmen, wenn der Tarif anerkannt ist. Bis dahin gilt diese Firma als gesperrt.“ — Ein Antrag, den Generalstreik zu proklamieren, wurde abgelehnt.

Eine Versammlung der Herren- und Anabenkonfessions-Schneider und Schneiderinnen tagte am Mittwoch in Duf's Salon, Große Frankfurterstraße, in der der Vertrauensmann Ritter über den Einfluß der sogenannten Konfession auf die Leistungen und den Lohn der in der Herrenkonfession Beschäftigten referierte. Der Redner wird nach, nachdem er die Schäden der Heimarbeit überhaupt gekennzeichnet hatte, daß auch diese neue Methode wiederum geeignet ist, die Lage der Arbeiter zu verschlechtern und daß nur mit Hilfe einer fassen Organisation die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ermöglicht wird.

Zwei öffentliche Schuhmacher-Versammlungen fanden am Montag statt. Es wurde die Frage erörtert, ob im Frühjahr in eine Lohnbewegung eingetreten werden soll, um den Minimal-Lohnscharif zur Durchführung zu bringen. Es handelt sich um die in Verlohn-Anstalten und bei Altschneidern beschäftigten Gesellen. Für diese hat die Zunung im vorigen Jahre einen Minimaltarif anerkannt, derselbe steht aber nur auf dem Papier und wird fast gar nicht nach diesem Tarif bezahlt. Bei der geplanten Lohnbewegung handelt es sich darum, daß dieser Tarif überall durchgeföhrt wird. In den Versammlungen wurde lebhaft diskutiert, und zwar infolge des Eingreifens von Verlohn-Anstalts-Inhabern. Dieselben halten den mit der Zunung vereinbarten Tarif für zu hoch, sie sind aber bereit, einen etwas niedrigeren Tarif mit den Gesellen zu vereinbaren und halten auch die Einführung eines vom Verein der Verlohn-Anstalts-Inhaber gemeinschaftlich mit Gesellenvertretern zu verwaltenden Arbeitsnachweis für angebracht. Die Arbeiter sind dagegen nicht gewillt, sich von dem anerkannten Minimaltarif etwas abhandeln zu lassen. In beiden Versammlungen wurde beschlossen, den Gesellenausschuß zu beauftragen, sobald als möglich mit der Zunung über die Durchführung des revidierten Minimal-Lohnscharifs zu verhandeln. Eine später einzubehaltende Versammlung soll dann das Ergebnis der Verhandlungen entgegennehmen und weitere Beschlüsse fassen.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Wundepst, 25. Februar. (W. S.) In Kordob löste der Fleischer Sancel den Geldbriestragere Lepezony auf die Fleischbank, ermordete und beraubte ihn um 1600 Kronen. Der Mörder ist verhaftet.

Baku, 25. Febr. (W. S. W.) Das Untersuchungs-Komitee in Schemacha hat festgestellt, daß die Zahl der **totleidenden Familien** 2061 beträgt; im ganzen sind 14 300 Personen totliegend. — Von 882 bisher ausgegrabenen Leiden sind 31 solche von Armeniern, alle übrigen solche von Mosambanern. — Die Ausgrabungen dauern fort. — Der Landesbesitzer des Kaufstus, Fürst Goltzgn, befristete gestern Schemacha. Die Bodenbesitzungen haben aufgehört. Aus Schemacha sind im ganzen 5000 Personen ausgewandert.

Paris, 25. Februar. (W. S. W.) Deputiertenkammer. Bei Weiterberatung des Budgets des Kriegsministeriums verlangte Jéva's Aufhebung der 28- und 18-tägigen Liebung der Reserve und Landwehr. Kriegsminister André bekämpfte diese Forderung und legt dar, wie notwendig es für die ehemaligen Soldaten sei, sich während einiger Tage wieder inmitten des aktiven Heeres an den Dienst zu gewöhnen, damit am Tage einer Mobilmachung jedermann alsbald seinen Platz in der Truppe wieder einnehmen könne. Der Antrag Jéva's wird darauf mit 415 gegen 134 Stimmen verworfen. Gouzy wünscht Aufhebung der 18-tägigen Liebung für das Jahr 1902. Der Vorschlag wird mit 273 gegen 230 Stimmen angenommen. De Ramel bringt einen Antrag ein, in welchem gefordert wird, die 28-tägigen Liebungen auf 21 Tage und die 18-tägigen auf 8 Tage zu verkürzen. Kriegsminister André spricht sich dagegen aus und bemerkt, es sei nicht angängig, daß Grundgesetze auf budgetärem Wege aufgehoben würden.

Der Antrag de Ramel wird darauf mit 375 gegen 147 Stimmen angenommen und die Sitzung aufgehoben.

Madrid, 25. Februar. (W. S. W.) Nach Telegrammen aus Barcelona soll die Lage wieder normal sein. Die Metallarbeiter haben in der Mehrzahl die Arbeit wieder aufgenommen. Trotzdem sind erneute Truppenverstärkungen eingetroffen. Man nimmt jedoch an, daß es sich nur darum handelt, einer larvischen Bewegung in Katalonien entgegenzutreten.

In Murcia haben sich die Arbeiter dem Ausstande angeschlossen. Die dortigen Wälder haben ihr Erscheinen eingestiftet. Im übrigen Spanien herrscht Ruhe.

Beihawur, 25. Februar. (Weldung des Kenteischen Bureau.) Es verlautet, der afghanische Agent in Simla, Mahomed Zeman, sei vom Emir von Afghanistan unter der Beschuldigung des Mißbrauchs öffentlicher Fonds und schlechter Verwaltungsföhren im allgemeinen zurückberufen worden.

Changai, 25. Februar. (W. S. W.) Am Bord des Postdampfers „Callara“ ereigneten sich unter dem Teil der Mannschaft, welcher von Goa kam, zwei Todesfälle an der Pest und weitere drei Erkrankungen an der Seuche. Die Behörden entscheiden eine drei eifrige Thätigkeit. Das Schiff ist isoliert.

Abgeordnetenhaus.

85. Sitzung vom 25. Februar, 11 Uhr.

Am Regierungstisch: Freh. v. Hammerstein.

Die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern wird fortgesetzt beim Titel „Ministergehalt“.

Abg. v. Glebocki (Pole): Die Behandlung, welche die Polen in Oberschlesien seitens der preussischen Verwaltung erfahren, hat vor einigen Tagen der Abg. Hahn geschilbert. Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse in der Provinz Posen selbst. Die preussische Regierung befindet sich auf einem bedenklichen Wege; möge sie endlich von ihren kleinlichen Maßnahmen gegen den polnischen Volkstamm absehen! Diese kleinlichen Maßnahmen erregen Unzufriedenheit und Enttäuschung im polnischen Volke! Redner bringt darauf eine große Anzahl von Fällen vor, in denen polnische Volksversammlungen von der Polizei verboten worden sind, teilweise ohne Angabe eines Grundes, teilweise weil angeblich die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdet erschiene. Eine polnische Zibel ist von der Polizei einfach beschlagnahmt worden. Man will eben auf alle Weise das Erlernen der polnischen Sprache unmöglich machen. Ein solches Vorgehen ist unerhör! Auch aus dem Munde des Grafen Wilow sind Äußerungen gefallen, die die Erregung des polnischen Volkes nur steigern können. (Die Ausführungen des Redners bleiben im einzelnen auf der Tribüne unverständlich.)

Minister Freiherr v. Hammerstein:

Der größte Teil der Rede des Abg. Glebocki ist mir nicht verständlich gewesen. Im Reichstag haben wir in der letzten Zeit von polnischer Seite ganz unerhörte Äußerungen gehört, wie z. B. das Wort von der „preussischen Pest“. Die Polen sind immer bestrebt, unter dem Deckmantel der Religion ihre politischen Bestrebungen zu verdecken. Es handelt sich dabei um Verhörungen, und im Hintergrund liegt immer die Abtrennung der polnischsprachigen Provinzen von Preußen und Deutschland. Die Polen sind alle Zeit gewillt in geschichtlichen Antiquitäten, die sie unter dem äußeren Schein der größten Lebenswürdigkeit und der vollendetsten Form über das ganze Land wie ein Netz spannen, damit es zur gegebenen Zeit zu offenem Aufbruch komme. Dieser Aufbruch sollte die Lostrennung von Deutschland und Preußen zur Folge haben und damit die Errichtung eines selbständigen polnischen Reiches — eines Traumreiches, will ich hinzufügen. Selbst Napoleon, der doch ein großes Interesse daran gehabt hätte, zwischen Deutschland und Rußland ein ihm ergebendes Reich einzuschleichen, hat sich abgehalten, das Königreich Polen wieder herzustellen. Dafür hat er aber viel mit Polen und mehr noch mit Polinnen fortgefahren. (Oho! bei den Polen.) Seine Beziehungen zur Gräfin Potocka liefern darüber ein sehr anschauliches, für die Polen freilich nicht sehr rühmliches Bild. Seitdem ist ein Jahrhundert vergangen, aber in den Provinzen Posen, Westpreußen und Schlesien ist die polnische Minderheit noch heute bestrebt, der deutschen Mehrheit ihre Gesetze vorzuschreiben. Diese Minderheit sucht durch Einführung aller Leidenenschaften im Volke ihre verlorene Herrschaft wieder zu gewinnen. Die ganze Agitation geht darauf hinaus, die polnischsprachigen Landesteile von Preußen und Deutschland abzutrennen. Um so mehr ist es unsere Pflicht, allen feindseligen Bestrebungen das preussische und deutsche Nationalbewußtsein entgegenzustellen. Wir werden auf dem betretenen Wege nicht innehalten, sondern mit aller Kraft dafür sorgen, daß auch in den östlichen Provinzen deutsche Recht und Ordnung, deutsche Sitte und Sittlichkeit erhalten bleibt!

Abg. Risch (C.):

Das Centrum ist nicht, wie der Bund der Landwirte, nur aus Landwirten zusammengesetzt, sondern vertritt die Interessen der verschiedenartigsten wirtschaftlichen Klassen. Trotzdem besteht innerhalb der Centrunspartei, abgesehen von kleinen Divergenzen, keinerlei Verschiedenheiten in der wirtschaftlichen Auffassung. Es ist also ein vergebliches Bemühen des Dr. Hahn, solche Unterschiede innerhalb unserer Fraktion konstruieren zu wollen. Auf der Generalversammlung des Bundes der Landwirte sind Verse aus Luthers Lied „Ein feste Burg ist unser Gott“ citiert worden, so die Worte: „Der alte böse Feind, mit Ernst er's jetzt meint“ usw. Wenn Sie (zum Abg. Dr. Hahn) einmal wieder in der rheinischen Centrunskreise kommen, so singen Sie doch Ihren Zuhörern das ganze Lutherlied vor; Sie werden ja sehen, welchen Eindruck Sie damit machen. (Heiterkeit im Centrum.) Die rheinischen Landwirte können zum Bunde der Landwirte kein Vertrauen haben. Herr Dr. Hahn hat gestern gesagt, der Bund wüßte im Reichstags-Wahlkreis Ostweiler-St. Wendel statt dem nationalliberalen Kandidaten Prietze, auch dem Centrunskandidaten Ruch's seine Stimmen gegeben haben, wenn dieser eine ausreichende Erklärung abgegeben hätte. Es war eine seltsame Zustimmung, von dem in der parlamentarischen Arbeit bereits bewährten Kandidaten Ruch's eine solche Erklärung zu verlangen. In der Rheinprovinz ist das Centrum, unterstützt durch die Bauernvereine, vollständig ausgedehnt, und auch die landwirtschaftlichen Interessen dieser Landesteile zu vertreten. Zustimmung im Centrum.) Das Centrum sorgt, indem es sich jetzt dem Kompromißantrag in der Zolltarif-Kommission angeschlossen hat, besser für das Wohl der Landwirtschaft als der Bund, dessen Vorsitzender, Freiherr von Wangenheim, dem Kompromiß nicht zustimmt. (Abg. Dr. Hahn ruft: Dr. Heim!) Abg. Dr. Heim hat nicht diejenige Autorität für sich in Anspruch genommen wie Freiherr von Wangenheim mit der Erklärung, die er in der Kommission abgegeben hat. Man kann vielleicht nicht von einem Sturm des Bundes der Landwirte auf den Centrunsturm im Rheinlande sprechen, wohl aber scheint es sich um eine Art Winterarbeit zu handeln. Wir werden dafür sorgen, daß diese Winterarbeit nicht zu ihrem Ziele kommt! (Beifall im Centrum.)

Abg. Szynula (C) fordert Erleichterungen für den Zugang polnischer und galizischer Arbeiter.

Ein Regierungskommissar: Ein Bedürfnis zur Erleichterung der Zulassung ausländischer Arbeiter ist zur Zeit nicht anzuerkennen, außerdem ist eine solche weitere Erleichterung auch im Interesse der inländischen Arbeiter nicht angängig.

Abg. Graf Limburg-Strom (L.) begrüßt die Erklärung des Ministers, daß er von der althergebrachten Politik in Nordschlesien nicht abgehen werde. Die Regierung dürfe keinen Zweifel darüber lassen, daß an eine Wiederherstellung der dänischen Herrschaft dort nicht zu denken sei. Ebenso sehr sei seine Partei einverstanden mit der heutigen Erklärung des Freiherrn v. Hammerstein zur Polenfrage. Redner verliest die neulich im Reichstage seitens eines polnischen Abgeordneten gegebene Äußerung von der „preussischen Pest“ (Wul-Rufe rechts). Wir müssen alles thun, um den aggressiven Tendenzen der polnischen Agitation entgegenzutreten. (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Arendt (st.) wünscht ein größeres Entgegenkommen der Verwaltungsbehörden gegenüber den Wünschen von Veteranen und Gewährung der Beihilfe von 120 Mark. — Herr Dr. Barth stellt es so dar, als ob die Agrarier Gegner der Weltmarktpolitik wären. Gerade die Freunde des Herrn Abgeordneten Hahn sind stets für vermehrte Flottenforderungen eingetreten, während die Gegner der Heimatspolitik und Anhänger des Freihandels gegen jede Flottenvorlage stimmen mit Ausnahme höchstens des kleinen Häufchens der freisinnigen Vereinigung. Die Forderungen des Kompromißvorlages der Flotten untercheiden sich doch so minimal von der Regierungsvorlage, daß ich der festen Überzeugung bin, an dem Widerstand der Rechten wird das Festhalten des Sozialisten nicht scheitern. Wir sind durchwegs keine Gegner von Handelsverträgen, aber Verträge, die unter die Minimalhöhe der Regierung heruntersinken, werden niemals eine Mehrheit im Reichstage finden, man würde auch neuwahlen nichts

ändern. — Die Äußerung, daß Socialdemokraten gemäßigter seien als Agrarier, hat wohl Herr v. Eynern in großkapitalistischen Kreisen gehört. (Lachen links.) Es ist ja bekannt, daß die Socialdemokratie immer im Schlepptau des Großkapitalismus geht. (Lachen links.) Herr v. Eynern und Herr Friedberg haben mit ihren Reden der Sache der Nationalliberalen im Lande wenig genützt. (Oho! bei den Nationalliberalen.) Zum Fall Kauffmann will ich nur bemerken, daß es eine unverantwortliche Schwäche der Regierung wäre, wenn sie in dieser Sache nachgeben würde. (Bravo! rechts.)

Ein Regierungskommissar erklärt, daß der Minister des Innern den Veteranen seine volle Sympathie entgegenbringe und alles thun werde, damit möglichst vielen Veteranen die Beihilfe zu teil werde.

Abg. Schmieding (natl.): Herr Dr. Arendt hätte selbst sehr gut zur Verkürzung der Debatte beitragen können, indem er sich von der Rednerliste absetzen ließ. (Sehr gut! bei den Nationalliberalen.) Der Sozialist wird nur durch Wahhalten auf beiden Seiten zu stande kommen, er wird ein gemäßigter Tarif sein oder er wird nicht sein.

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Ich muß gegenüber Herrn Dr. Hahn aufricht erhalten, daß ich es für politische Charakterlosigkeit halte, wenn jemand in einem Wahlkreis, wo sich Nationalliberale und Centrum lebhaft bekämpfen, geht und sagt, wer das meiste gibt, der hat mich. (Unruhe rechts.) Herr Dr. Arendt sprach davon, daß die Äußerung: Socialdemokraten seien maßvoller als die Agrarier, nur in großkapitalistischen Kreisen gefallen sein könne. Eine solche Äußerung macht sich im Munde des Abgeordneten einer Partei, der die Herren Stumm und Krupp angehört haben, geradezu komisch. Ich bedaure es, daß die freikonservative Partei unter der Führung des Abg. Freiherrn v. Zedlitz nicht mehr auf demselben Niveau steht wie früher. (Unruhe rechts, Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Hansen (Däne) führt Äußerungen einer Reihe von Staatsrechts-Gelehrten an, um seine Ausführungen über die Staatsangehörigkeit der Dänen zu rechtfertigen.

Abg. Glebocki (Pole): Die Äußerung des Herrn v. Eynernowski im Reichstag von der „preussischen Pest“ bezog sich lediglich auf den sozialistischen und katolischen Geist, der unter der preussischen Herrschaft in die polnischen Provinzen gekommen ist. Es war vielleicht eine Grobheit, aber doch keine Gemeinheit wie das, was wir heute vom Regierungstisch gehört haben. (Stille des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Krause: Sie haben das Wort Gemeinheit in einem Zusammenhang gebraucht, daß es nur zu denken war als auf eine Äußerung vom Ministerstisch bezügliche. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung.

Abg. Glebocki (Pole) fortfahrend: Der Herr Minister ist sogar auf Liebesverhältnisse von Polinnen gekommen. Das beweist doch nur, wie leer das Arsenal der Regierung zur Bekämpfung der Polen bereits sein muß.

Minister Freiherr v. Hammerstein: Ueber die ganze Welt geht ein Netz polnischer Vereine, die bereits zu einem Centralverband zusammengelassen sind. Das kann doch nur den Zweck haben, um gegebenenfalls den Aufbruch anzugehen. Dafür zu sorgen, daß dieser Moment niemals eintritt, ist die Aufgabe der preussischen Regierung.

Abg. Risch (C.) wünscht Maßnahmen gegen die Verschönerung der Städte in Rheinland-Westfalen.

Abg. Dr. Freh. v. Zedlitz: Die Angriffe des Herrn Friedberg gegen meine Partei waren ganz unbedeutend. Die Nationalliberalen haben wirklich keinen Grund, anderen Parteien Vorhaltungen zu machen. Sie mögen vor der eigenen Thür stehen und dafür sorgen, daß die Partei, die im Lande Partei Prehscheibe heißt, nicht ganz der Lächerlichkeit verfallt. (Unruhe bei den Nationalliberalen; Bravo rechts.) Herr Dr. Barth hat Socialdemokraten gegenüber einen Angehörigen des Bundes der Landwirte als das kleinere Uebel erklärt, also eine Partei, die das Königtum grundsätzlich negiert; das genügt mir. (Beifall rechts.) Die freisinnige Presse stand im Falle Kauffmann auf dem Standpunkt, daß wenn die Vertreter Stadtverordneten-Versammlung 200mal Kauffmann wiedervätheln würde, die Krone verpfändet wäre, 200mal dazu Stellung zu nehmen. Daß das nicht der Würde der Krone entspricht, ist klar. — Wenn die Herren der Linken wollen, daß man ihre Worte ernst nimmt, dann müssen sie ihnen auch Thaten folgen lassen. Hier ist die Gelegenheit, ein Mikrotantendotum gegen den Herrn Minister zu beantragen. Direkt oder indirekt durch Ablehnung des Titels Ministergehalt mit namentlicher Abstimmung. (Heiterkeit rechts.) Meine politischen Freunde bewilligen dem Herrn Minister gern das Gehalt als Zeichen des Vertrauens. (Bravo! rechts.)

Abg. Szynula (L.) tritt für weitere Zulassung galizischer Arbeiter nach Oberschlesien ein.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr. (Fortsetzung der Beratung.)

Partei-Nachrichten.

Der zweite Gantag der Socialdemokratie Nordbayerns tagte am Sonntag in der Centralhalle in Vahrenth. Vertreten waren 41 Orte durch 78 Delegierte, vom Landesvorstand waren die Genossen Segig und Franz Schmitt anwesend, vom Parteivorstand trat am Sonntag früh Genosse Kuer ein. Landtags-Abgeordneter Walther-Coburg nahm als Gast an den Verhandlungen teil.

Am Sonntagabend fand zur Regelung der geschäftlichen Angelegenheiten und Entgegennahme des Vorstandberichts eine Vorbereitungs-Delegierten-Sitzung statt. Delegierte aus der Provinz beantragten, die Münchener Angelegenheit (Ausschluß von vier Mitgliedern) noch am gleichen Abend zu erörtern, von anderer Seite lag der Antrag vor, die Sache an eine Kommission zu verweisen, die den Abg. Schmitt hinzuzuziehen und am andern Morgen dem Plenum Bericht zu erstatten habe. Es wurde beschlossen, beide Teile anzuhören und in die Erörterung einzutreten. Zwei der Ausgeschlossenen — Herrmann und Eisinger — waren als Delegierte anwesend. In langer, bis früh 1/2 Uhr während der Diskussion wurde die ganze Angelegenheit durchgesprochen. Eine Resolution, die bedauert, daß Nürnberg nicht eine bessere Lösung der Frage fand, und erklärt, daß es dem Gantag unmöglich sei, an dem Urtheile der Münchener Organisation etwas zu ändern, da beide Teile an den bedauerlichen Vorkommnissen schuld seien, die aber den Ausschlossenen das Recht zugesetzt, sich in andern Vereinen als Mitglieder aufnehmen zu lassen, wurde abgelehnt, dagegen ein Antrag angenommen, der besagt, daß ein aus einer örtlichen Parteiorganisation ausgeschlossenes Mitglied nicht Mitglied der Parteiorganisation eines andern Ortes werden kann.

Aus dem Bericht der Vorstandschaft ist zu entnehmen, daß die Gauorganisation in den beiden Berichtsjahren einen erfreulichen Fortschritt zu verzeichnen hat. Die Zahl der Vereine hat sich von 36 auf 48 vermehrt. Das Vermögen beträgt 2475 M., nach Berlin wurden im Vorjahr 1056 M. abgeführt.

In der Sonntagssitzung wurde der Bericht eingehend diskutiert und dann zur Beratung der Anträge übergegangen. Es wurde beschlossen, ab 1. Januar 1903 statt der bisherigen Mitgliedsarten Mitgliedsbücher einzuführen und hierfür 20 Pf. Beitrittsgeld zu erheben, das zur Hälfte der Volkstasse, zur andern Hälfte der Gaukasse zufließt.

Ein Antrag verlangte die Verschmelzung der „Oberfr. Volksztg.“ mit der Würzburger „Fränk. Tagespost“ in allernächster Zeit. Würzburg wünschte, dem Blatte den neuen Titel: „Fränk.

Volksblätter“ zu geben. Die Verschmelzung wurde im Princip beschlossen und der neu zu wählende Gauvorstand wurde beauftragt, mit den beteiligten Faktoren alsbald Unterhandlungen anzuknüpfen.

Die Mandats-Bekanntmachungskommission beantragte die Ungültigkeitserklärung der Mandate Herrmanns und Eisingers. Der Gantag erklärte jedoch beide Mandate für gültig! Dieser Beschluß steht in auffallendem Gegensatz zu der Resolution, die zur Münchener Angelegenheit angenommen wurde.

Ferner wurde beschlossen, zum Zwecke nachhaltiger Propagation periodisch erscheinende Flugblätter herauszugeben, die in populärer, leichtfaßlicher Form auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete Aufklärung geben. Die Beiträge zum Gau sollen in Zwischenräumen von nicht unter einem Quartal in der Parteipresse bekannt gegeben werden.

Zum Schluß wurde beschlossen, den Posten des Gauvorsitzenden nicht mehr mit dem Posten des Münchener Parteisekretärs zu verknüpfen. Der Vorsitzende wird mit 1500 M. jährlich besoldet. Als Vorsitzender wurde Etzschke-Nürnberg gewählt.

Die Konferenz socialdemokratischer Gemeindevertreter der Provinz Sachsen, die am 1. und 2. Ofterfeiertage in Halle abgehalten werden soll, hat folgende Tagesordnung:

- 1. Die Aufgaben und Forderungen der Socialdemokratie in den Gemeindeverwaltungen: a) auf rechtlichem Gebiete, b) des Schulwesens, c) der Hygiene, des Armen- und Wohlführens, d) der Steuerpolitik, e) der Verkehrs- und Verkehrs- und Verkehrs-, g) der Arbeiterpolitik, h) des Wohnungswesens, i) Diverjes.
- 2. Beratung bezw. Schaffung eines Kommunal-Programms.

Als Jährlaubidat für die Stichwahl im Wahlkreis St. Johann-Saarlautern für den bisherigen Abgeordneten Volk, dessen Mandat der Reichstag fassiert hat, ist von unseren Genossen der Bergarbeiter Spaniol in Oberhausen angesetzt worden. Bei der letzten Wahl 1898 sind in dem betreffenden Wahlkreise 710 Stimmen für den socialdemokratischen Kandidaten Genossen Emmel abgegeben worden. Der Kreis fiel erst bei der Stichwahl den Nationalliberalen zu, denen das Centrum auch bei der jetzigen Nachwahl scharfe Konkurrenz machen dürfte.

Parteiliteratur. Auf zahlreiche an sie gerichtete Anfragen teilt die Buchhandlung Vorwärts mit, daß die diesjährige März-Zeitung unter dem Titel „Ost-Zeitung“ als reich illustrierte Zeitschrift erscheinen und neuen dem Gedanken der Auferstehung der Menschheit der Propaganda gegen den Militarismus für den Völkerrfrieden dienen soll. Um etwaigen Konfiskationsgefahren der Polizei nicht allzuviel Opfer spenden zu müssen, bittet die Buchhandlung Vorwärts um frühzeitige Aufgabe der Bestellungen bis spätestens 1. März.

Der Generalstreik und der Parteivorstand in Schweden.

Durch bürgerliche Blätter wurde dieser Tage gemeldet, der socialdemokratische Parteivorstand hätte Circulars an die Arbeiterorganisationen versandt, worin erklärt würde, daß die Generalstreik-Frage bis auf weiteres ruhe. Die Sammlungen zum Generalstreik-Fonds hätten nicht hinreichende Mittel ergeben. — Der Parteivorstand erklärt hierzu, daß diese Richtig von Anfang bis Ende un-wahr ist. Die Generalstreik-Frage wird, wie wir schon mittheilten, durch den im Frühjahr zusammenzutretenden außerordentlichen Parteitag endgültig entschieden werden. Durch das Circular, das der Parteivorstand an die Organisationen versandt, sind diese nur aufgefordert worden, die eingegangenen Gelder zum Streikfonds an die Centralkasse abzuliefern, um einer Zerstückelung vorzubeugen und eine genaue Uebersicht über die vorhandenen Mittel möglich zu machen. — Daß die Gelder nicht so spärlich einlaufen, dafür zeugt u. a. wieder der Umstand, daß eine kleine Organisation, die Zuderfabrikarbeiter-Vereinigung, bereits über 1000 Kronen für diesen Zweck aufgebracht hat.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Grober Unfug. Vor dem Schöffengericht in Baugen mußte sich kürzlich Genosse Vamberger gegen die Anschuldigung verantworten, durch Flugblattverbreitung groben Unfug verübt zu haben. Da aber nach einer Entscheidung des Ober-Landesgerichts nur dann durch die Verteilung von Flugblättern grober Unfug verübt werden kann, wenn dadurch Personen belästigt worden sind, brauchte das Gericht Leute, die sich über das Flugblatt oder die Verbreitung geäußert hatten; man hatte auch eine ziemliche Anzahl geladen, von denen man annahm, daß sie sich belästigt gefühlt hätten, damit hatte man jedoch kein Glück. Zwei Einwohner des Dorfes Vahsitz erklärten, den Angeklagten überhaupt nicht gesehen zu haben, da konnten sie sich natürlich auch nicht geäußert haben. Dasselbe behauptete der Ortsdiener aus Vahsitz. Dem Gemeindevorsteher Gerber aus Radelwitz hat das Flugblatt sogar gefallen und er hat nicht daran gedacht, daß man sich darüber ärgern könnte. Der Gemeindevorstand Barth aus Strehla bei Baugen hat anscheinend auch keinen Krager gespürt, wohl aber will er gehört haben, daß nach der Flugblattverteilung einige Anekdoten — davongelassen seien! Aber auch dieser Herr, der sich seiner staatsretterischen Pflicht sicher im vollen Maße vor Gericht bewußt war, konnte nicht behaupten, daß der angeklagte Genosse der Flugblattverbreiter gewesen sei. Ein Gastwirt aus Baugen ist zwar überzeugt, daß der Angeklagte sich mit an der Flugblattverbreitung beteiligt hat, sonst aber kann auch dieser Herr nichts zur Verlesung des Angeklagten beitragen. Die Beweisführung war also mißglückt und daher wurde der Angeklagte — wegen groben Unfugs zu 10 M. Geldstrafe verurteilt!

— Genosse Kühn in Weeslan teilt uns mit, daß ihm die fünf Verleumdungsklagen nicht sechs Monate und sechs Wochen, sondern acht Monate eingetragene haben; außerdem hat er noch aus einer früheren Sache einen Monat, so daß er im ganzen jetzt neun Monate zu verbüßen hat.

Sociales.

Bau von Kleinwohnungen in Hamburg.

Der Hamburgische Senat hat vor einiger Zeit der Bürgererschaft einen Gesetzentwurf vorgelegt, der den Zweck haben soll, den Bau kleiner Wohnungen zu fördern. Der Bürgerchaftsanstich, dem die Vorlage zur Vorberatung überwiesen war, hat dann einige Änderungen vorgenommen und legt nun seinen Vorschlag vor.

Vorweg sei bemerkt, daß die Hauptforderung, die in der Frage des Wohnungswesens zu stellen ist, Bau und Betrieb der Wohnungen durch das Gemeinwesen von der Vorlage nicht erfüllt wird. Der Wohnungsbau soll nach wie vor der Privatwirtschaft überlassen bleiben. Nicht einmal die Anwendung der sogenannten Erbpacht für das Bauland soll ausnahmslos oder auch nur hauptsächlich gelten, es soll vielmehr der Verwertung überlassen bleiben, Grundstücke entweder im Wege öffentlicher Versteigerung zu verkaufen oder im Erbbaurecht auf 90 Jahre anzuhängen.

Die Größe und Beschaffenheit der Wohnungen wird vorgeschrieben. Es sollen Wohnungen von 30 bis 35, von 40 bis 48 und von 50 bis 60 Quadratmetern lichter Fläche mit einem, zwei oder drei Zimmern nebst Küche und Klosett gebaut werden. Die kleineren Wohnungen dürfen eine Mindestzahl nicht unter — und die größten eine Höchstzahl nicht überschreiten.

Der Preis soll 6 M. für den Quadratmeter nicht überschreiten. Dieser Preis ist sehr hoch. Man kann dafür in Berliner Villen-Vororten Wohnungen von guter Ausstattung mit Bad finden. Die Wohnungen, die der preussische Staat für seine Arbeiter und Unterbeamten baut, sind erheblich billiger. In diesen dürfte der Quadratmeter nur gegen 4 M., zum Teil sogar darunter, zu stehen kommen. Der Preis wird aber nicht direkt vorgeschrieben, sondern nur zur Voraussetzung für den Erlaß der Grundsteuer gemacht. Der Unternehmer wird also eine Rechnung aufstellen, und wenn

ihm die Lage des Wohnungsmarktes gestattet, so hohe Mietpreise zu nehmen, daß er damit mehr verdient, als wenn er vom Grundsteuererlaß Gebrauch macht, dann wird er nicht zögern, den höheren Preis zu fordern. Diese Bedingung wird überdies nur auf 10 Jahre gestellt. Dazu kommt, daß für diese Gebäude verschiedene baupolizeiliche Erleichterungen gewährt werden können, z. B. Einschränkung des Hofraums und Erhöhung der Hintergebäude. Daß dieses Gesetz, falls es beschlossen wird, zur Einschränkung des Wohnungswuchers beitragen würde, kann nicht behauptet werden.

Aus Industrie und Handel.

Die **Dresdener Bank** giebt nunmehr ihre dem Aufsichtsrat unterbreitete Bilanz für das Jahr 1901 bekannt. Der Geschäftsbericht dieses Instituts wurde in der Finanzwelt mit einiger Spannung erwartet, da man vielfach behauptete, daß dieses große Unternehmen bei seinen zahlreichen Beteiligungen an industriellen Gründungen schwere Einbuße gelitten hat. Besonders wurde die Verbindung mit der sächsischen Industrie, die am schwersten dem Ansturm der Krise ausgesetzt war, übel gedeutet. Die Bilanz der Bank zeigt wohl starke Spuren des geschäftlichen Niederganges und Schwächung der spekulativen Werte, jedoch sind die schlimmen Verschreibungen, die bei den ungünstigen Beteiligungen entstehen mußten, nicht eingetroffen. Die Direktion erklärt sogar, daß sie nur mit einem Anteil ihrer Geschäftsverbindungen in Sachen beteiligt sei. Der Reingewinn der Bank ist von 14 087 598 M. im Jahre 1900 auf 9 892 732 M. im Jahre 1901 zurückgegangen. Der Kurserfolg der Effekten und die Verluste bei den Konjunktural-Beteiligungen ergeben bei diesen beiden Conten mit Einschluß der Zinsen einen Verlust von 348 327 M. und außerdem machen sich 2 400 000 M. Abschreibungen notwendig. Die Bilanz weist, dem Vorjahre gegenübergestellt, folgende Positionen auf:

Activa.	1901 Mark	1900 Mark
Kassa, Sorten und Coupons	34 952 433,15	26 802 883,50
Wechsel	109 240 724,15	150 471 159,20
Verfügbare Guthaben bei Banken und Bankiers	7 979 341,90	7 771 313,40
Effekten-Reports	26 025 708,80	21 264 518,65
Effekten	34 922 394,65	32 553 268,10
Waren-Reports Hamburg	5 842 952,45	1 407 967,15
Lombard-Darlehen	8 859 084,85	18 766 875,35
Debitoren	224 795 084,45	281 362 101,95
Konjunktural-Beteiligung	39 093 864,80	37 847 909,30
Immobilien-Conto	14 195 102,50	13 693 025,75
Passiva.		
Stien-Kapital	130 000 000,00	130 000 000,00
Reservefonds	34 000 000,00	34 000 000,00
Depositen	77 559 272,50	94 562 152,40
Kreditoren	151 708 054,05	188 092 157,25
Davon auf feste Termine		
Accepte	102 702 872,00	131 068 040,65

Zur Verteilung sollen 4 Proz. Dividende gegen 8 Proz. im Vorjahre kommen. Die Bilanz läßt eine ganz bedeutende Verengung des Geschäftsverkehrs erkennen. Zunächst hat die Bank die von ihr gewährten Kredite um rund 56 1/2 Millionen gegen das Vorjahr gekürzt; dementsprechend sind die Depositen und Kreditoren um 53 1/2 Millionen zurückgegangen. Diese Rückgänge dürften im Sommer, als die allgemeine Unsicherheit eintritt, noch größer gewesen sei, als in den letzten Monaten, wo das Vertrauen bereits wieder zurückkehrte. Das Wechselportefeuille ist um 41 Millionen und die umlaufenden Accepte um 28 1/2 Millionen geschrumpft. Die Verpflichtungen in Depositen, Kreditoren und Accepten betragen im Jahre 1900 rund 41 1/2 Millionen gegen 332 Millionen 1901; dem gegenüber stehen leicht flüssige Mittel in Höhe von 227 1/2 Millionen, die im Jahre 1900 sich auf 275 1/2 Millionen beliefen. Die Liquidität der Bank ist somit besser geworden, wenn auch keineswegs befriedigend.

Der **Jahresbericht der Berliner Bank** schließt ungünstiger ab, als man erwartete; zur Verteilung gelangen nur 2 Proz. Dividende, während im Vorjahre 5 Proz. abgestoßen wurden. Der Reingewinn betrug 2 708 211 M. und steht gegen den vorjährigen um 1 460 771 M. zurück. Die Bilanz ergibt folgendes:

Activa.	1901	1900
Kasse und Reichsbank	3 247 621	4 171 980 M.
Kontro-Guthaben b. Banken u. Bankiers	1 862 929	4 614 006
Wechsel	15 814 684	19 789 090
Coupons und Sorten	246 558	250 035
Wertpapiere a) eigene	10 105 495	8 365 134
b) reportierte	3 044 733	4 880 543
Konjunktural-Conto	12 068 311	12 081 893
Debitoren	44 958 156	67 562 963
Immobilien-Conto	2 146 842	1 261 924
Passiva.		
Stienkapital	42 000 000	42 000 000
Reservefonds	3 135 171	3 000 000
Kreditoren a) täglich fällig	11 102 877	16 589 981
b) auf feste Termine	16 294 858	31 828 575
Accepte	13 067 126	27 862 454
Revalaccepte	4 564 184	5 073 824
Beamtenpensions- und Unterstützungs-fonds	123 675	101 913
Rückständige Dividenden	8 045	8 945
Gewinn	2 708 211	3 258 983

Für nicht börsenmäßige Effekten machte sich eine Abschreibung von 1 200 000 M. notwendig. Die Liquidität der Bank ist eine befriedigende, denn es stehen ihren Verpflichtungen in Höhe von 40 468 861 M. mit Einschluß der Wechsel flüssige Bestände von 33 522 040 M. gegenüber. Auch diese Bilanz läßt den starken Rückgang des Geschäftsverkehrs erkennen, und zwar nicht nur der börsenmäßigen Geschäfte, sondern vor allem den Sturz der Werte in industriellen Unternehmungen.

Deutschlands Außenhandel im Monat Januar 1902. Die Einfuhr ist im Monat Januar nach den monatlichen Nachrichten des statistischen Amtes zurückgegangen. Sie betrug 2 968 066 Tonnem gegen 3 048 436 und 3 281 287 in den beiden Vorjahren, daher weniger 81 450 und 314 331. Edelmetalle: 97 gegen 80 und 114. Gegen das Vorjahr zeigen 23 von 43 Postartikeln eine erhöhte, 21 eine verminderte Einfuhr. Wesentlich höhere Einfuhr fand statt bei Erden, Erzen (+ 44 985), Getreide (88 881), Materialen zc. Waren (17 856), Drogen, Apotheken- und Farbwaren (16 012), Wolle (10 901), wesentlich niedrigere bei Kohlen (- 154 367), Eisen (26 001), Fleisch, Gans zc. (9507).

Die **Ausfuhr** weist dagegen einen erheblichen Mehrbetrag auf. Die Gesamtumsatz weist 2 474 258 Tonnem gegen 2 414 739 und 2 480 681 in den beiden Vorjahren, daher gegen 1901 mehr 59 518, gegen 1900 weniger 6 423. Edelmetalle: 27 gegen 45 und 38. Gegen das Vorjahr zeigen 24 Postartikeln eine erhöhte, 19 eine geringere Ausfuhr. Wesentlich höher ist die Ausfuhr von Eisen (+ 135 546) und Materialwaren (27 438), wesentlich geringer die Ausfuhr von Erden, Erzen (- 78 882), Kohlen (45 545).

Bei der Berechnung der Ausfuhr nach dem Wert, wird das günstige Ergebnis herabgesetzt werden, denn die Zunahme der Ausfuhr in Eisen und Kohlen kommen im Gewicht sehr stark zum Ausdruck, bei der Wertberechnung wird der Vergleich nicht so vorteilhaft ausfallen.

Die **Bergwerksgesellschaften** berichten über nicht unerhebliche Rückgänge ihrer Betriebsüberschüsse für den Monat Januar. Die **Carpener Gesellschaft** erzielte 1 002 400 M. Betriebsüberschuss gegen 1 558 400 M. im Januar vorigen Jahres. Die **Sibernia** giebt ihren Betriebsüberschuss auf 700 786 M. an gegen 939 539 M. im gleichen Monat des Vorjahres.

Die **Auslieferung Terlands** ist in Washington vom Oberbundesgericht beschlossen. Terlands war nach Verlobung großer Verträge, die er in seiner Stellung als Direktor einer Aktien-gesellschaft in Oberhausen beging, säklig geworden.

Der Verbandstag der Steinzeiger (Pflasterer) und Berufs-genossen Deutschlands.

Ueber die Verhandlungen des Verbandstages selbst erhalten wir nachstehenden Bericht:

Der Verwaltungsbericht, der von dem Vorsitzenden Knoll erstattet wurde, wurde ohne große Debatte entgegengenommen, da allseitig anerkannt wurde, daß der Hauptvorstand nach Maßgabe der ihm zur Verfügung stehenden Mittel sein Bestes gethan habe. Aus dem Bericht des Hauptkassierers Scholz ergab sich, daß die anlässlich des Streiks festgesetzten Extrabeiträge nicht zum Vollen eingegangen sind. Wäre es in dieser Hinsicht etwas besser gegangen, so brauchte die Hauptkasse nicht noch 6000 M. Schulden zu haben, wenn sich unlegbar auch die Kassengeschäfte bedeutend gehoben haben. So ist die Einnahme an Wochenbeiträgen gegen die vorangegangene Geschäftsperiode von 34 575,70 M. auf 58 872,80 M. gestiegen. Die Gesamteinnahme der Organisation von 32 894,89 M. auf 104 601,19 M. Zu letzterer Summe kommen noch hinzu die Einnahmen der Unterstützungs-kasse mit über 25 000 M. und die Einnahmen der lokalen Streikfonds, deren Bestand sich am Jahreschlusse 1901 auf 90 814,26 M. belief.

Der Gesamt-Kassenbestand in Haupt- und Filialkassen, Unterstützungs-kasse und lokalen Streikfonds belief sich am Jahreschlusse auf 52 340,61 M. Dazu stehen Darlehen im Betrage von ca. 14 000 M., dem eine Schuld der Hauptkasse von 6000 M. gegenüber steht.

Ein Antrag der Wandbeker Genossen, ihnen ihre Rückstände an Extrabeiträgen zu erlassen, da sie die Kosten ihres Streiks zum größten Teil selber getragen haben, wurde abgelehnt und das Verhalten des Hauptvorstandes, welcher die Unterstützung versagt hatte, so lange die Wandbeker ihre Streik-Unterstützungssätze nicht auf das vom Hauptvorstand festgesetzte Maß herabgesetzt hatten, ausdrücklich gebilligt.

Ueber den **Poltarif** und das **Steinzeigergewerbe** referierte Knoll-Verlin; die Ausführungen desselben gipfelten in einer Resolution, welche einstimmig und debattelos zur Annahme gelangte. In derselben erhoben die Versammelten als Produzenten Protest gegen den vom Verband deutscher Pflaster- und Hartstein-Industrieller verlangten Zoll auf ausländische, insbesondere schwedische Pflastersteine (Positionen 232 und 692 des Tarifentwurfes), da durch den geforderten Zoll, ebenso auch durch die im Tarifentwurf zu Position 692 seitens der verbündeten Regierungen vorgesehene Verzollung von ausländischen Pflastersteinen, für ausgedehnte Gebiete des Deutschen Reiches eine so enorme Vertenerung des Steinpflasters herbeigeführt würde, daß damit die Existenz des Steinzeigergewerbes ernstlich in Frage gestellt wäre. Die eintretende Vertenerung des Steinpflasters würde lediglich eine künstliche Förderung des Asphaltpflasters hervorrufen, es hätten also auch die deutschen Steinzeiger von dem Zoll auf Pflastersteine nicht den erhofften Vorteil. Des weiteren protestierte die Versammlung gegen den ganzen Poltarif-Entwurf, weil durch die Annahme desselben der Abschluß von Handelsverträgen in Frage gestellt oder doch sehr erschwert würde und bei einem Daniederliegen von Industrie und Handel auch das Steinzeigergewerbe in Mitleidenschaft gezogen, die Arbeitslosigkeit also noch vergrößert würde. Als Konsumente protestierten die Versammelten gegen den Poltarif-Entwurf, weil die Verwirklichung desselben gleichbedeutend ist mit einer enormen Vertenerung der Lebenshaltung, die zunächst nur ausgeglichen werden könnte durch eine bedeutende Verschlechterung derselben.

Ebenfalls zur einstimmigen Annahme gelangt eine von demselben Referenten empfohlene Resolution, in welcher die Grundzüge der Taktik bei zukünftigen Lohnbewegungen mit besonderer Berücksichtigung einerseits der Streiklausel, andererseits die Herbeiführung tariflicher Vereinbarungen festgelegt sind.

In der Resolution erklärt der V. Verbandstag des Verbandes der Steinzeiger (Pflasterer) und Berufs-genossen Deutschlands von neuem seine Bereitwilligkeit, überall, wo den Arbeitern das Mitbestimmungsrecht zugestanden wird, in eine tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu willigen und macht es den Verbandsmitgliedern der einzelnen Orte zur Pflicht, den Abschluß derartiger Verträge anzustreben. Andererseits, wo das Unternehmertum jedwede tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, geknüpft auf das Vorhandensein der sogenannten Streiklausel, wiederholt ablehnen sollte, stellt der V. Verbandstag den Arbeitern des Steinzeigergewerbes anheim, mit ihren Lohnforderungen stets erst dann in die Öffentlichkeit zu treten, wenn die Arbeitsverhältnisse so liegen, daß durch eine gleichzeitige Arbeitsniederlegung in wichtigen Verkehrsstrahlen eine öffentliche Kalamität herbeigeführt wird, um infolge der eintretenden Verkehrsstörungen usw. unter gleichzeitigen Hinweis auf unsere Bereitwilligkeit zum Abschluß tariflicher Vereinbarungen, durch die öffentliche Meinung einen indirekten Druck auf das Unternehmertum ausüben zu lassen.

An diesen Punkt schloß sich die Beratung über die Neuregelung der Beitragspflicht, Streiks- und Streikunterstützungen und das Unterstützungs-wesen. Die Debatte hierüber nahm einen vollen Tag, einschließlich einer Abend-sitzung, in Anspruch. Dieselbe endigte schließlich dahin, daß die bisherigen Extrabeiträge für Streiks- und Debitorensteuer aufgehoben und statt dessen der Wochenbeitrag von 20 Pf. erhöht wurde auf 30 Pf. für Berufsangehörige, welche bis zu 4,50 M. pro Tag, und auf 40 Pf. pro Woche für Berufsangehörige, welche über 4,50 M. pro Tag verdienen.

Bei dem jetzigen Mitgliederbestande kommen für die niedrigere Beitragsklasse ca. 1000, für die höhere Beitragsklasse ca. 3700 Mitglieder in Frage. An die Hauptkasse gehen 70 Proz. der Einnahme an Eintrittsgeldern und Wochenbeiträgen.

Die Leistungen der Hauptkasse bleiben hinsichtlich der Gemahregelten, Rechtschutz, Reise- und Kostunterstützung dieselben wie bisher. Bei Streiks gewährt die Hauptkasse, und zwar bei Antrittsstreiks vom 4. Tage, bei Abwechselfreits vom 1. Tage ab, an Verheiratete pro Woche 12 M., an Unverheiratete pro Woche 10 M. Unterstützung. Filialen, welche über lokale Fonds in genügender Höhe verfügen, sind berechtigt, bei Streiks die Unterstützungen in der Weise zu erhöhen, daß obige Unterstützungsätze bei Antrittsstreiks vom ersten Tage ab, bei allen Streiks für jedes Kind unter 14 Jahren bis zu 1 M. pro Woche gezahlt werden können. Höhere Unterstützungsätze dürfen bei Streiks nicht gezahlt werden.

Die Leistungen der Unterstützungs-kasse (bei Todesfällen) bleiben die gleichen wie bisher, jedoch wurden die Beiträge von 10 auf 7 Pfennig pro männlichen Todesfall herabgesetzt. Alle Anträge, welche die Ausdehnung der Unterstützungen auf Kinder-Todesfälle forderten oder den Frauen verstorbenen Mitglieder die Ansprüche an die Unterstützungs-kasse auch weiterhin gewährt wissen wollten, wurden gegen wenige Stimmen als nicht mit dem Charakter der gewerkschaftlichen Organisation vereinbar abgelehnt. Dagegen gelangte eine Resolution zur einstimmigen Annahme, in welcher ausgedrückt ist, daß die Heber-schüsse der Unterstützungs-kasse bis zum nächsten Verbandstage anzukommen seien, wo dieselben eventuell als Grundfonds für die Arbeiterlosen-Unterstützung dienen sollen, da diese Frage auf die Tagesordnung des nächsten Verbandstages gesetzt werden soll. Auf diese Weise, wurde erklärt, kämen den Frauen die Heber-schüsse der Unterstützungs-kasse schon bei Lebzeiten der Männer zu fließen.

An sonstigen Statutenänderungen verdient hervorgehoben zu werden, daß auch die Regelung der Arbeitsleistung als Aufgabe der Organisation in die Satzungen derselben aufgenommen wurde. Die Karenzzeit für neuereitrende Mitglieder wurde auf 10 Wochen herabgesetzt, für Wiederereitrende, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen waren, auf ein halbes Jahr erhöht. Außerdem haben die letzteren das sechsfache Eintrittsgeld (3 M.) zu zahlen. Der Ausschluß kann schon erfolgen, wenn ein Mitglied mit mehr als 10 Wochenbeiträgen im Rückstande ist.

Dem Hauptvorstande wurde das ausdrückliche Recht eingeräumt, bei Streiks in die Leitung einzugreifen, bezw. dieselbe gänzlich zu übernehmen.

Ueber den **Arbeiter-Schutz im Straßenbau** referierte ebenfalls Knoll-Verlin.

Derselbe empfahl eine Resolution, in welcher der Verbandstag erklärt, mit aller Entschiedenheit an den von den Arbeitern des Straßenbaues auf dem Berliner Kongress für Bauarbeiter-Schutz aufgestellten Forderungen festzuhalten. Ferner spricht der Verbandstag sein lebhaftes Bedauern darüber aus, daß bei dem wenigen, was bisher infolge des Dringens der Arbeiterschaft auf einzelnen Regierungen und Verwaltungs-Körperschaften auf dem Gebiete des sanitären Bauarbeiter-Schutzes geschaffen worden ist, die Arbeiter des Straßenbaues zumeist nicht berücksichtigt, in einzelnen Fällen sogar ausdrücklich ausgeschlossen worden sind. Des weiteren erklärt der Verbandstag es als Pflicht der Behörden, welche auf dem Gebiete des Bauarbeiter-Schutzes irgend welche Verfügungen erlassen, daß dieselben auch die Ausführung ihrer Anordnungen streng überwachen und ständig kontrollieren. Endlich erklärt der Verbandstag, daß die Ansicht des Staatssekretärs v. Hofadornsky, wonach die Verhältnisse im Bauwesen so verschiedenartig liegen, daß eine Regelung derselben durch Reichsgesetz nicht möglich ist, für das Straßenbaugewerbe durchaus nicht zutreffend sei. Solange eine reichsgesetzliche Regelung der Materie nicht erfolgt ist, verpflichtet der Verbandstag die Verbandsmitglieder, allerorten für die Herbeiführung der von uns geforderten Schutzmaßnahmen mit aller Energie einzutreten. — Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Zum **Punkt: Wahl der Verbandsbeamten** gab der Verbandsvorsitzende eine einstimmig gefasste Erklärung des Hauptvorstandes ab, wonach dieser die Bestatmung eines zweiten Beamten für notwendig und nützlich hält, dieselbe aber wegen der augenblicklichen prekären Verhältnisse und der damit verbundenen hohen einmaligen Ausgaben (größeres Bureau, Ausstattung usw.) zur Zeit für nicht durchführbar hält. Es erfolgte hierauf die Zurücknahme eines diesbezüglichen Antrages. Der bisherige Verbandsvorsitzende Knoll und die beiden Kassierer Scholz und Peter wurden dann einstimmig per Acclamation wiedergewählt. Ersterer wurde eine Gehaltszulage von 200 M., letzterer eine Remunerationszulage von je 150 M. einstimmig bewilligt. Bezüglich der von der Generalkommission angeregten Verbesserung der Gewerkschaftsbeamten erklärte der Verbandstag einstimmig seine Zustimmung; ebenso wurde es als selbstverständlich erklärt, daß die Gewerkschaft den vollen Beitrag dazu, und nicht bloß die Hälfte zahlt, da die Versicherung in erster Linie im Interesse der Gewerkschaften notwendig sei.

Der nächste Verbandstag soll in Braunschweig stattfinden. Zum Gewerkschafts- und ebenso zum Bauarbeiter-Schutz-Kongress wurde einstimmig Knoll als Delegierter gewählt.

Weiter nahm nach der Verbandstag Stellung zur Lehrlingsfrage und präziserte seine Stellung zu derselben in der Annahme einer Resolution, welche fordert, daß

1. der Lehrmeister konfaktlich gebunden sein soll, den Lehrling das ganze Jahr hindurch zu beschäftigen;
2. der Lehrmeister eventuell konfaktlich verpflichtet sein soll, dem Lehrling die nötige Zeit zum Besuch der Fach- bzw. Fortbildungsschule ohne Abzug zu gewähren.
3. die Festsetzung einer den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Lehrlingszahl.

In einer andren Resolution verpflichtete der Verbandstag die örtlichen Organisationen, für die Schaffung von Arbeitsleistungstaxen (Maximalleistung) thätig zu sein, um eine Herabsetzung der heute vielfach unzulässigen Arbeitsleistung herbeizuführen. Desgleichen wurde die Errichtung von Arbeitsnachweisen empfohlen, eventuell auf paritätischer Grundlage.

Eine Reihe weiterer Anträge, welche sich auf die Agitation, Unterstützung, Streiks zc. bezogen, wurden dem Hauptvorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Bertraten auf dem Verbandstage waren 76 Delegierte aus den Verbandsfilialen, 3 Vertreter des Hauptvorstandes, ein Delegierter der Wiener und zwei Delegierte der Kopenhagener Steinzeiger-Organisation, sowie Genosse Pöplow für die Generalkommission.

Die Arbeiten und Beschlüsse des Verbandstages können als glückliche bezeichnet werden, so daß berechtigte Hoffnung vorhanden ist, daß die Organisation der Steinzeiger und Berufs-genossen sich in der bisherigen erfreulichen Weise auch weiterhin entwickeln dürfte. —

Aus der Frauenbewegung.

Ein **Verband gegen Kindersterblichkeit** ist in Paris gegründet worden. Das Weipensit der Entvölkerung sieht drohend durch alle Fenster Frankreichs, seit die Volkszählungen darthun, daß die Einwohnerzahl nicht steigen will. Die französischen Staatsmänner versuchen durch allerlei Mittel die gefährliche Erscheinung zu bannen. Für besonders kinderreiche Familien giebt es Unterstützungen, Preise, Vorzugseinrichtungen der verschiedensten Art. Ob sich der obengenannte Bund praktisch wirksam erweisen wird, steht dahin; vom rein menschlichen Standpunkt ist er jedenfalls freudig zu begrüßen. Das Komitee, welches die Vorbereitungen in die Hand nahm, besteht aus zahlreichen hervorragenden Ärzten, Senatoren zc.; in der öffentlichen Versammlung, welche der Gründung des Vereines vorausging, führte der Minister des Innern, Waldeck-Roussau, den Vorsitz. Das Referat war drei Ärzten zugeteilt, welche die Rot-schilderten, der man Abhilfe bringen will. Es gilt, die 150 000 Kinder, welche jährlich im jüngsten Alter sterben, dem Leben zu erhalten, oder doch so viele unter ihnen als irgend möglich. Mehr Nahrung für uneheliche Mütter, mehr Kruppen, vor allem mehr häusliche Pflege und Unterweisung der unwillkürlichen Mütter in der Gesundheitslehre. Die meisten Mütter würden ja mit Freuden ihren Kindern jede notwendige Pflege angedeihen lassen; nur die Unkenntnis hygienischer Maßregeln macht sie oft zu Mörderinnen der Kleinen, welche sie mit den größten Opfern geru dem Leben erhalten. Die Medner fordern bessere Erziehung der Frauen zur Erfüllung ihrer Mutterpflichten, bessere Belehrung über die gesundenheitlichen Schädigungen der Kinder, dann aber die Vereinigung der zerstreuten Wohlthätigkeits- und Wohlfahrtsvereine zur gemeinsamen Mitarbeit an diesem hochwichtigen Werke. Im Schlußwort betonte Waldeck-Roussau nochmals die hohe nationale Wichtigkeit der Aufgabe: „In Frankreich wird zu wenig geboren und zu viel gestorben.“

Die Statuten des Vereines, sehr ausführlich und sorgfältig zusammengestellt, zählen im § 2 alle beachtlichsten Maßregeln zur Erhaltung der Kinder auf. In jeder Stadt Frankreichs soll der Bund in Verbindung mit der Verwaltung und den Ärzten die geeigneten Schritte thun, um Nahrung für junge Mütter zu errichten, Hauspflege verheirateter Wöchnerinnen zu organisieren, die Wartung der Säuglinge zu überwachen, sterilisierte Milch zur Verteilung zu bringen zc. Die Anstalten und sonstigen Einrichtungen des Auslandes sollen sorgfältig studiert werden, um das Beste von allen Seiten zur Verwendung zu bringen. Durch Flugblätter und Broschüren soll Aufklärung über Wöchnerinnen- und Kinderpflege die weiteste Verbreitung erfahren.

Es ist ein seltsames Gemenge von Politik und Mitleid, welches diesem neuen Verein sein Gepräge giebt, seine Popularität sichert. Wird der Zweck erreicht werden, durch Wohlthätigkeit, oder werden auch sociale Schutzgesetze in ausreichender Weise die Bestrebungen unterstützen müssen, welche die geringe Zahl der Geburten durch sorgfältige Erhaltung aller Geborenen auszugleichen sucht? Das würde dem französischen Volke zweifachen Nutzen bringen.

I. Wahlkreis.

Mittwoch, den 26. Februar cr., abends 8 Uhr, in Cohns Fest-sälen (großer Saal), Beuthstraße 20/21:

Volks-Versammlung

Tagesordnung: 1. Sozialdemokratie und Socialreform. Ref.: Genossin **Dr. Rosa Luxemburg.** 209/3
Zahlreiches Erscheinen erwartet. Die Vertrauensleute.

Parlamentarisches.

Reichs-Eisenbahn.

Die Budget-Kommission des Reichstags setzte Dienstag die Beratung des Etats für die Reichs-Eisenbahnen fort. Abg. Müller (Z.) brachte zur Sprache, daß die eisenbahnen...

Geh. Rat v. Thielen erwidert, daß das finanzielle Resultat in den Reichsländern trotzdem günstiger sei als in den badijschen Eisenbahnen. In Baden hat sich zwar der Verkehr pro Personen...

Die Einnahmen aus dem Personen-, Gepäc- und Güterverkehr werden unverändert bewilligt. Eine Resolution Schumberger: Der Reichstag wolle beschließen, unter Anerkennung der bisherigen...

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Heber „Socialdemokratie und Socialreform“ spricht am heutigen Mittwoch, abends 8 Uhr, Genossin Dr. Rosa Luxemburg in Cohns Festsaal...

Dritter Wahlkreis. Heute, Mittwochabend 8 Uhr findet im Lokale „Märkischer Hof“, Admiralstr. 186, eine Versammlung des Wahlvereins statt...

Ober-Schönebeck. Heute abend 8 1/2 Uhr findet bei Kaufholt eine Versammlung des Wahlvereins statt. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Alt-Mietze. Samstagabend, abends 8 Uhr, findet bei Café Grünauerstraße eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt.

Grünan. Die Kommunalwähler wollen beachten, daß die Wahl für die 8. Abteilung am Mittwoch, den 5. März, abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr im Gesellschaftshaus des Herrn Ehrlich...

Lokales.

Der Kampf um die Fortbildungsschule.

Die Stadtverordneten-Versammlung wird voraussichtlich in ihrer nächsten Sitzung dazu gelangen, sich mit dem von der socialdemokratischen Fraktion bereits am 5. Februar eingetragenen Antrag...

Auch die Forderung des Fortbildungsschulzwanges wird endlich ihre Mehrheit in der Stadtverordneten-Versammlung finden, nachdem sie von den socialdemokratischen Arbeitervertretern seit mehr als zehn Jahren immer von neuem erhoben worden ist.

vorübergehen lassen wollen, aber ihr „principtreuer“ Protest wird ihnen nicht helfen. Die „edlere“ Form der Fortbildungsschule, die freiwillige hat sich nicht bewährt...

Die neue Tischlerschule. Am 1. April 1902 wird voraussichtlich der Neubau der gewerblichen Unterichts-Anstalt in der Strahmannstraße zur Benutzung fertiggestellt. In diesem Gebäude werden für die Berliner Tischlerschule Werkstätten für Tischlerei, Drechlerei und Bildhauerei eingerichtet.

Unerwartete Ferien gab es am Montag in der 105. Gemeindeschule in der Colnauerstraße. Im Laufe des Vormittags geriet die im Keller des Schulhauses untergebrachte Heizanlage durch Plagen eines Rohres in Unordnung...

Aus der Tagesordnung der nächsten Stadtverordneten-Versammlung: Am Donnerstag sind folgende Punkte besonders hervorzuheben: Vorschläge des Ausschusses für die Wahlen von unbefohlenen Gemeindebeamten.

Schmähungen werden bekanntlich die Hölle und Hölle verteilt. Die Art, wie die Spende vor sich geht, regt die mit der Medaille beglückten Staatsbürger aber nicht selten zu Betrachtungen über den Wert des unerbittlichen Geschenks an.

Die Berliner Eisenbahn-Direktion versteht es, Geld zu nehmen. In den Stuben an dem Bahndamm der Straße Berlin-Grüner haben sich Wasserläden gebildet, die bei der letzten Kälteperiode zutraten und eine ziemlich starke Eisbede gaben.

Die Eröffnung der Weststrecke der Hochbahn vom Potsdamer-Platz bis zum Zoologischen Garten ist jetzt von der Betriebsverwaltung auf Dienstag, 11. März, angesetzt worden.

Die neue deutsche Einheits-Briefmarke mit dem Bilde der Germania, welche zum 1. April von der Reichs-Postverwaltung in Gemeinschaft mit der kaiserlich-württembergischen Postverwaltung eingeführt wird, zeigt in ihrer endgültigen Gestalt einige wesentliche und charakteristische Unterschiede von der jetzt in Geltung befindlichen Germania-Marke.

Eine neue Straßenbahnlinie Sabignyplatz-Stettiner Bahnhof wird Mittwoch früh von der Großen Berliner Straßenbahn eröffnet. Die Linie geht durch die Kantstraße, Auguste Viktoria-Platz, Lauenzenstraße, Wittenbergplatz, Meißner, Kottbuscher- und Schillstraße...

Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit wird von gewissenlosen Personen in mannigfacher Art zu unlauteren Geschäften benützt. Wie es gemacht wird, um dem Arbeitsuchenden die letzten paar Ridel abzustreifen, zeigt folgender Vorfall. Im „Lokal-Anzeiger“ stand gestern eine Anzeige eingereicht, wonach ein junger Mann für eine Bade-Kaufstube verlangt wurde...

Eine kostenlose Nachweiskette für abhanden gekommene oder zugelaufene Hunde hat der Deutsche Tierchutzverein in seinem Depot an der Stadtbahn, Wagen 79/80 eingerichtet. Mitteilungen über entlaufene oder zugelaufene Hunde sind unter möglicher genauere Beschreibung dem genannten Depot zuzuführen.

Der deutsche Tierchutzverein hielt gestern im Bürgeraal des Rathauses unter Vorsitz des Generals Köning seine 61. Jahresversammlung ab. Dem Berichte des Vorsitzenden zufolge ist die Mitgliederzahl im letzten Jahre von 7794 auf 7900 angestiegen. Tierquälereien sind bei dem Verein 1181 zur Anzeige gekommen.

Der schlane Gannek. Bei der Kriminalpolizei meldete sich ein Mann mit der Angabe, daß er Gustav Dscharkowsky heiße, sich auf der Reise nach russisch-Polen befinde und mittellos sei. Er beantragte ein Unterkommen für die Nacht und seine Weiterbeförderung am nächsten Tage (Montag) von Amiswegen.

Einer Taschendiebin sind mehrere Portemonnaies mit Inhalt abgenommen worden, die sie gestandigermaßen am 14. und 15. d. M. in der Centralmarkthalle gestohlen hat.

Bergfist hat sich gestern aus unbekannten Gründen die 10jährige Tochter Ulrike des Hauptsteueramts-Sekretärs Heinze in der Fruchtstr. 30. Sie nahm Chromlaures Kali und mußte schwerkrank in das Krankenhaus Friedrichshain gebracht werden.

Eine unnütze Weisheit unternahmen am Dienstagnachmittag der Kaiser eines Gastwirts und der eines Trainers zu Charlottenburg. Während die Eigentümer der Fuhrwerke in einem Wirtshaus saßen, sollten die Kaiser die Pferde langsam bewegen.

